

Fettke, Ulrike

Working Paper

Etablierte und Außenseiter in der Kommunalpolitik? Eine Fallstudie zu Windkraft in einer badenwürttembergischen Kleinstadt

SOI Discussion Paper, No. 2018-03

Provided in Cooperation with:

Institute for Social Sciences, Department of Organizational Sociology and Innovation Studies,
University of Stuttgart

Suggested Citation: Fettke, Ulrike (2018) : Etablierte und Außenseiter in der Kommunalpolitik? Eine Fallstudie zu Windkraft in einer badenwürttembergischen Kleinstadt, SOI Discussion Paper, No. 2018-03, Universität Stuttgart, Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung für Organisations- und Innovationssoziologie, Stuttgart

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/179502>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

STUTTGARTER BEITRÄGE ZUR ORGANISATIONS-
UND INNOVATIONSSOZIOLOGIE

SOI Discussion Paper 2018-03

Etablierte und Außenseiter in der Kommunalpolitik?

**Eine Fallstudie zu Windkraft in einer baden-
württembergischen Kleinstadt**

Ulrike Fettke



Universität Stuttgart

Institut für Sozialwissenschaften
Organisations- und Innovationssoziologie

Ulrike Fettke

Etablierte und Außenseiter in der Kommunalpolitik? Eine Fallstudie zu Windkraft in einer baden-württembergischen Kleinstadt.

SOI Discussion Paper 2018-03

Universität Stuttgart

Institut für Sozialwissenschaften

Abteilung für Organisations- und Innovationssoziologie (SOWI VI)

Seidenstr. 36

D-70174 Stuttgart

<http://www.uni-stuttgart.de/soz/oi/>

Herausgeber

Prof. Dr. Ulrich Dolata

Tel.: +49 711 / 685-81001

ulrich.dolata@sowi.uni-stuttgart.de

Redaktion

Dr. Jan-Felix Schrape

Tel.: +49 711 / 685-81004

felix.schrape@sowi.uni-stuttgart.de

Stuttgarter Beiträge zur Organisations- und Innovationssoziologie (SOI)

Discussion Paper 2018-03 (Juni 2018)

ISSN 2191-4990

© 2018 by the author(s)

Ulrike Fettke ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung für Organisations- und Innovationssoziologie des Instituts für Sozialwissenschaften an der Universität Stuttgart und Research Fellow des BMBF-geförderten Kopernikus-Projekts ENavi.

ulrike.fettke@sowi.uni-stuttgart.de

Weitere Downloads der Abteilung für Organisations- und Innovationssoziologie am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart finden sich unter:

<http://www.uni-stuttgart.de/soz/oi/publikationen/>

Zusammenfassung

Das vorliegende Paper rekonstruiert und analysiert – aufbauend auf zwei Fallstudien in kleineren Kommunen – den Prozess der Entstehung der kommunalpolitischen Diskussion um Windkraft in einer größeren baden-württembergischen Kommune. In den beiden kleineren Kommunen konnten die kommunalen Entscheidungen zu erneuerbaren Energieprojekten als Resultat einer Alt- und Neubürgerfiguration verstanden werden. Im vorliegenden Fall zeigt sich, dass sich zwei Windkraftinteressenten als Konkurrenten wahrnehmen, sich weder Windkraftbefürworter noch -gegner übergreifend organisieren und die kommunalen Entscheidungen Windenergieanlagen planungsrechtlich in einem Gebiet ermöglichen, das letztlich nur noch von einem Interessenten beplant wird. Die Untersuchung der die Diskussion konstituierenden Akteurkonstellation anhand von Erkenntnissen der Community Studies verweist auf lokale Konfliktlinien, die nicht entlang des soziologischen Gruppenalters verlaufen. Die anschließende Diskursanalyse offenbart Gruppendynamiken, die das Ergebnis einer Verschränkung von Konfliktlinien zwischen interdependenten lokalen Gruppierungen sind und auf die Legitimation der kommunalen Entscheidungen wirken.

Im vorliegenden Text werden Ergebnisse aus dem BMBF-Projekt ENavi publiziert.

Abstract

Based on two case studies covering the emergence of renewable energy plants in southern Germany, the paper explores a wind energy case in a town in the Black Forest. In the two preexisting case studies, the lines of conflict and the corresponding community decisions divided local groups of established and outsiders within the meaning of Elias and Scotson (1990). In comparison, the figurative and discursive analysis of the third case reveals group dynamics resulting from entangled lines of conflict among interdependent local groups influencing the perceptions and beliefs of the policy domains members.

This paper presents results from the BMBF-project ENavi.

Inhalt

1	Einleitung	5
2	Theoretische Verortung	6
2.1	Die kommunale Diskussion um Windkraft als Politikfeld	6
2.2	Akteurkonstellationen in der Lokalpolitik	7
2.3	Der Etablierten-Außenseiter-Ansatz und seine Rezeption	8
3	Windenergieanlagen in einer baden-württembergischen Kleinstadt	11
3.1	Fallprofil	12
3.2	Fallgeschichte	18
3.3	Fallvergleich	23
4	Akteurkonstellation des Politikfelds	24
5	Gruppendynamiken und kommunale Entscheidungen	27
5.1	Gruppierungen unterschiedlicher Wohnorte	28
5.2	Koalitionen von Stadtratsfraktionen	30
5.3	Legitimation kommunaler Entscheidungen	32
6	Fazit	35
	Literatur	38

1 Einleitung

In Folge der bundespolitischen Energiewende-Entscheidung wurden in vielen Kommunen Erneuerbare-Energie-Anlagen geplant. Vielerorts stoßen die Vorhaben auf lokalen Widerstand und es entstehen Konflikte zwischen Gruppierungen ortsansässiger Befürworter und Gegner. Die sozialwissenschaftliche Akzeptanzforschung verweist darauf, dass externe Unternehmen in Kommunen Gegenwind erhalten (Egert & Jedicke 2001). Aber auch Vorhaben ortsansässiger Projektierer führen zu Auseinandersetzungen. Da die Konflikte und ihre Regelung ein Legitimationshemmnis für den Umbau des Energiesystems darstellen können (Kropp 2018), kommt der Legitimation der kommunalen Entscheidungen zum Anlagenbau große Bedeutung zu.

Die Legitimation kommunaler Entscheidungen kann von Antagonismen zwischen Gruppierungen lokal ansässiger Bürger maßgeblich beeinflusst werden. In zwei Fallstudien zeigte sich, dass die Befürworter des Anlagenbaus im Ort aufgewachsen waren, gute Beziehungen untereinander pflegten und repräsentative Positionen in der lokalen Gemeinschaft einnahmen. Die Altbürger hegten nutzenorientierte Bilder der Landschaft. Die Gegner des Anlagenbaus waren im Laufe ihres Lebens in die jeweiligen Orte zugezogen, knüpften eher Kontakte mit Personen ähnlicher Provenienz und sahen sich den Zugang zu wichtigen Positionen verwehrt. Sie argumentierten mit dem Konsumwert der Landschaft und Umweltschutz. Die Gruppenperzeptionen schlugen sich in der kommunalen Diskussion der erneuerbaren Energievorhaben nieder und beeinflussten die Legitimation der kommunal verbindlichen Ratsentscheidungen (Fettke & Härdtlein 2015, 2016).

Die Kommunen, die Objekt der erwähnten Fallstudien waren, sind eher kleinere Orte (Hannemann 2005). In der Kommune mit knapp 4.000 Einwohnern konstituierten die Neubürger eine auf lokalen Protest beschränkte Opposition, die auf die örtlichen Vorgänge kaum Einfluss nehmen konnte. Dagegen organisierten sich die Neubürger in der – mit etwa 6.000 Einwohnern – größeren Kommune und beeinflussten die Kommunalpolitik. Zwar wurde das von den Altbürgern vorangetriebene Projekt im Endeffekt umgesetzt, allerdings nicht in der ursprünglich anvisierten Form, die den vertraglichen Einbezug der Kommune vorsah.

Elias und Scotson (1990), die die Akteurkonstellationen und -dynamiken als Figuration von Etablierten und Außenseitern beschreiben, nehmen an, dass die zahlenmäßige Größe der jeweiligen Gruppierungen über ihre Durchsetzungsmacht entscheidet. In größeren Kommunen sind Zuwanderungsbewegungen traditionell stärker verankert (Beetz 2005). Das wirft die Frage auf, ob mit steigender Einwohnerzahl ein Bedeutungswandel der Alt- und Neubürger-Konstellation in der Kommunalpolitik zu erneuerbaren Energieprojekten einhergeht und inwiefern sich dies auf die Legitimation der diesbezüglichen Entscheidungen des Gemeinderats auswirkt. Die vorliegende Fallstudie untersucht die Frage anhand einer Rekonstruktion der Entstehung der

kommunalen Diskussion um Windkraft in einer baden-württembergischen Kleinstadt mit knapp 7.000 Einwohnern.¹ Auf Basis der theoretischen Grundlage beginnt die Analyse mit einem Fallprofil der Kommune, der Fallgeschichte und einer Untersuchung der die Diskussion konstituierenden Akteurkonstellation. Darauf aufbauend beleuchtet eine Diskursanalyse die Legitimation kommunaler Entscheidungen. Unter Legitimation wird dabei die subjektive Anerkennung der Entscheidungen verstanden.

2 Theoretische Verortung

Der theoretische Zugang zur kommunalen Diskussion um Windkraft erfolgt mittels Erkenntnissen aus Figurations-, Gemeinde- und politischer Soziologie. Die kommunale Diskussion um Windkraft wird als Politikfeld konzipiert. Die Feldperspektive operiert auf der Annahme, dass die unmittelbare Umwelt und die Sozialisation das Verhalten der Akteure prägen. Dies ist mit dem Menschenbild von Norbert Elias, das seiner Theorie der Zivilisation zugrunde liegt, kommensurabel. Danach agiert der Mensch als offene Persönlichkeit auf Basis des Ineinandergreifens sozialer Vorgänge, die er individuell verarbeitet und als Erfahrungen verbucht (Elias 1997: 70ff.). Geteilte Normen, Werte und Erfahrungen können Akteurkonstellationen prägen. Die konkreten Konstellationen können wiederum auf endogene Überzeugungssysteme Einfluss nehmen (Elias & Scotson 1990). Die Akteurkonstellation des Politikfelds wird anhand von Erkenntnissen der Community Studies, die verschiedene Konstellationsoptionen vorsehen, analysiert. Anschließend wird das Porträt, das Elias und Scotson von kommunalen Figurationen zeichnen, vorgestellt sowie ein kurzer Überblick über die Rezeption des Ansatzes gegeben.

2.1 Die kommunale Diskussion um Windkraft als Politikfeld

Ein Politikfeld zeichnet sich durch relative Autonomie und Themenzentrierung aus (Pappi 1993). Darin versuchen miteinander in Verbindung stehende, selbstbestimmt handelnde und aufeinander orientierte Akteure, allgemein verbindliche Entscheidungen nach ihren Präferenzen zu prägen (Janning et al. 2009: 67). Die zumeist kollektiven Akteure – Öffentliche wie Private – nehmen das Feld als Einheit wahr (Laumann & Knoke 1987). Debatten zwischen Gruppierungen mit konkurrierenden Anliegen auf kommunaler Ebene können aufgrund der mit der Selbstverwaltung einhergehenden Gemeindefreiheit als Politikfeld modelliert werden. Da die erste kommunale Entscheidung zu Windkraft eine initiale Wahrnehmung des Themas durch die beteiligten Akteure dokumentiert, wird die kommunale Diskussion um Windkraft von diesem Zeitpunkt an rekonstruiert.

¹ Die Erhebung und Analyse der Fallstudie fand im Rahmen des BMBF-geförderten Forschungsprojekts ENavi statt.

Der Zugang zu einem Politikfeld erfolgt über Individuen, die Organisationen mit Anspruch auf Einflussnahme repräsentieren (Serdült 2002: 131). Es wird oftmals angenommen, dass sich die beteiligten Akteure in einem Feld in Rechnung stellen (Pappi 1993: 92). Angesichts der örtlichen Konflikte schienen alle Personen interessant, die sich um eine Einflussnahme auf die verbindlichen Entscheidungen bemühten und dabei beanspruchten, für Kollektive zu sprechen. Die lokalen Auseinandersetzungen lassen vermuten, dass dies nicht zur Zufriedenstellung aller involvierten Akteure erfolgte. Entsprechend der potentiell konfligierenden Perspektiven auf die verbindlichen Entscheidungen und deren Legitimation wurde neben dem Einbezug einflussreicher Akteure auf eine Varianzmaximierung der Perspektiven geachtet. So wurden möglichst heterogene Interviewpartner mit konkurrierenden Ansichten auf die lokalen Vorgänge ausgewählt.

Die Abgrenzung eines Politikfelds erfolgt üblicherweise über Positions- und Reputationszuweisungen oder Entscheidungsbeteiligung (Serdült 2002: 131). Die Exploration folgt oftmals einem Schneeballverfahren (Doreian & Woodard 1992: 219ff.). Aufgrund der Größe des Politikfelds der vorliegenden Fallstudie fungierten die drei Abgrenzungskriterien als Orientierungsgrößen bei der sequentiellen Auswahl der Interviewpartner. Es wurden Akteure einbezogen, die die in den Konflikten relevant werdenden, konkurrierenden Positionen bekleideten, denen in vorherigen Interviews Einfluss zugeschrieben wurde oder bedeutende Entscheidungsbeteiligung nachgesagt wurde. Die wechselseitigen Rollenzuweisungen bestätigten schließlich die theoretische Sättigung der Erhebung (Glaser & Strauss 1998: 51ff.).

2.2 Akteurkonstellationen in der Lokalpolitik

Die Community Studies untersuchen die Beziehungen zwischen Akteuren im alltagsweltlichen Kontext des Sozialraums einer Kommune (Brauer 2005). Ihre Schwerpunkte sind die Lebensumstände von Familien und Jugendlichen, die landwirtschaftliche Erwerbstätigkeit, ländliche Strukturen sowie kommunale Entscheidungen und lokale Machtstrukturen (ebd.). Zum letztgenannten Teilgebiet gehören mitunter Studien, die sich auf die empirisch vorhandenen Akteurkonstellationen konzentrieren (Glock 2006). Dabei gibt es unterschiedliche Schulen, die variierende Akteurkonstellationen in Auseinandersetzungen um Macht in einer Kommune vorsehen. Auch wenn er damals keinen direkten Anschluss an den Community Power-Diskurs fand, bietet auch der Etablierten-Außenseiter-Ansatz nach Elias und Scotson eine Theorie über die Konstitution kommunaler Machtstrukturen und -prozesse.

Nach der *reputativen Schule* besitzen Personen mit als wünschenswert geltenden Ressourcen politische Steuerungskapazität. Ressourcen verleihen ihnen soziale Beziehungen für und Gelegenheiten zur informellen Einflussnahme in kommunalen Angelegenheiten. Vor allem Personen in ökonomisch bedeutenden Positionen üben so Macht aus (Hunter

1953). Der *pluralistische Ansatz* betont die formalen Kompetenzen der Akteure. Macht wird über die Initiation politischer Themen oder das Veto dazu ausgeübt (Dahl 1961). Im *Social Activity-Ansatz* erfolgt eine gebündelte Einflussnahme auf kommunale Entscheidungen über lokale Organisationen und Vereinigungen. Entsprechend nehmen Personen in zentralen organisationalen Positionen großen Einfluss (Freeman et al. 1962). Der *Nichtentscheidungsansatz* sieht latente Exklusionsprozesse als zweites Gesicht der Macht. Realitätskonstruktionen schaffen bereits im Vorfeld kommunaler Entscheidungen Fakten über bewusste und unbewusste Manipulation, die kommunikativ vermittelt wird. Durch die Manipulation werden kommunalpolitische Fragen umschifft, deren Thematisierung im Interesse ethnischer und religiöser Minderheiten steht (Bachrach & Baratz 1962).

Nach dem in soziologischer Tradition stehenden *Etablierten-Außenseiter-Ansatz* von Elias und Scotson (1990) gestalten lokal etablierte Gruppierungen die Kommunalpolitik zu ihrem alleinigen Vorteil. Sie schließen Normabweichler wegen Statusängsten aus. Im Gegenzug lehnt die ausgeschlossene Gruppierung das politische Personal der Etablierten ab. Das kann in Spannungen resultieren. Nach dem Ansatz können örtliche Gruppierungen ohne sozialstrukturelle Unterschiede, aber unterschiedlichen soziologischen Alters, also Alt- und Neubürger, variierende Identitäten mit zugehörigen kommunalpolitischen Vorstellungen haben und diese unterschiedlich einbringen.

2.3 Der Etablierten-Außenseiter-Ansatz und seine Rezeption

Die Etablierten-Außenseiter-Figuration von Norbert Elias und seinem Schüler John Scotson (1990) porträtiert Dynamiken, die sich zwischen interdependenten, konkurrierenden Gruppen entfalten, und deren kommunalpolitischen Einfluss. Die empirische Basis des Ansatzes ist eine ethnomethodologische Beobachtung des alltäglichen Lebens in der englischen Vorortgemeinde Winston Parva mit etwa 500 Einwohnern.

Dort entsteht unter altansässigen Familien durch geteilte Wertbegriffe, Glaubensaxiome, Einstellungen und Lebensweisen sowie die gemeinsame Mitgliedschaft in lokalen und kirchlichen Vereinigungen ein kohäsives Netzwerk. Aufgrund eines gemeinschaftlich erlebten Gruppenprozesses sind die Etablierten durch ein dichteres Netz sozialer Beziehungen verwoben, was ihnen eine höhere soziale Kontrolle nach innen verleiht. Es ermöglicht ihnen, Außenseiter über soziale Zuschreibungen auszuschließen. Obwohl keine wahrnehmbaren sozialstrukturellen Unterschiede bestehen, schreiben sich die Etablierten eine relative Besserstellung zu und stigmatisieren die Außenseiter als minderwertig. Die Außenseiter strömen aus Großstädten in eine neue und entlegene Siedlung von Winston Parva, deren Errichtung unter den bereits Ortsansässigen von Beginn an umstritten war. Die Lebensweise der Neuankömmlinge unterscheidet sie von der der Etablierten. Unter den Neuankömmlingen gibt es ebenfalls Unterschiede in Herkunft und Traditionen, was Verbindungen untereinander erschwert. Einige Familien erfüllen nicht das lokale Maß an Ordnung und Soziabilität

und verstoßen gegen lokal tradierte Vorgehensweisen. Sie prägen das von den Etablierten forcierte, schlechte öffentliche Bild der Neuen. Ängste alteingesessener Familien vor interner Statusminderung führen zu einer Wahrung der von den Etablierten auferlegten Kontakttabus und einer Verhärtung der Linien. Die Etablierten schreiben den Neuankömmlingen die Eigenschaften der Teilgruppe zu, die am stärksten gegen die gesellschaftlichen Normen verstößt. Im Gegenzug prägt die Minorität mit der höchsten Normenkonformität das Selbstbild der Etablierten. Der lokale Klatsch vermittelt und stützt die Stereotypen und die dahinterstehende Ideologie. Er legitimiert somit den Ausschluss der Außenseiter. Die Ausgrenzung spiegelt sich im gemeindlichen Leben und der Kommunalpolitik. Im Wahlkampf adressieren die Kandidaten entweder die Etablierten oder die Außenseiter. Für Winston Parva wird traditionell ein Vertreter in den Stadtrat gewählt, der die Etablierten repräsentiert. Ihre Beziehungen und soziale Kontrolle ermöglichen es den Etablierten, Schlüsselpositionen zu monopolisieren. Die Außenseiter lehnen das nach dem Interesse der Etablierten besetzte politische Personal ab. Aus den ungleichen Machtbalancen und der Interdependenz der beiden Gruppen erwachsen Spannungen. In ihrem Streben nach sozialem Aufstieg können die Außenseiter die Etablierten gegenstigmatisieren, was zu offenen Konflikten führt. Die Opposition der Außenseiter bleibt unorganisiert, wenn die Gruppierung eine geringe soziale Kohäsion aufweist. Elias und Scotson sehen die Dynamik der Figuration als Struktureigentümlichkeit von Prozessen zwischen interdependenten Gruppen, die es „überall auf der Welt“ gibt (Elias & Scotson 1990: 229).

Norbert Elias Arbeiten lieferten Erkenntnisse für mehrere wissenschaftliche Disziplinen, wobei meist die Zivilisationstheorie aufgegriffen wurde. In der soziologischen Rezeption steht die Figurationsanalyse im Mittelpunkt. Unter den Rezipienten gibt es wenig Kontroversen (Treibel 2008: 98). Der Etablierten-Außenseiter-Ansatz im Speziellen wurde zur weiteren Erforschung von Gruppendynamiken eingesetzt. Sein gegenwärtig wohl populärstes Anwendungsfeld ist die Migrationsforschung (Treibel 2008). Er findet aber auch in den Community Studies Einsatz. Aus der jüngeren Forschung gehen einige Impulse der Bestätigung und Differenzierung des Ansatzes hervor.

Im Einklang mit der von Elias und Scotson plausibilisierten Vermutung, dass die Machtbalance zwischen Etablierten und Außenseitern umschlagen kann, zeigen jüngere Studien, dass auch autochthone Gruppen Außenseiter werden können. Die Kohäsion der Gruppierungen kann auf geteilte Erinnerungen an den Raum zurückgehen. Damit hat der Ort nicht nur für die eingeborenen Bürger eine bestimmte Bedeutung (Blokland 2003: 188). Auf Basis des kollektiven Gedächtnisses können sowohl Angehörige vermeintlicher Außenseitergruppierungen wie auch Altansässige sozial isoliert werden (ebd.: 202ff.). Zu wessen Gunsten sich das Machtdifferential neigt, entscheidet mitunter der Zugang der Gruppierungen zu den Ressourcen, die für ihren Bestand maßgeblich sind (Treibel 2008).

Fallstudien der Community Forschung bestätigen, dass die Umsturzversuche von zugezogenen Bürgern in vormaligen Außenseiterpositionen erfolgsträchtig werden, wenn ihre Zahl die der Etablierten übersteigt. In der Studie von Hogestijn et al. (2008) erheben höher gebildete und vermögendere Neubürger Anspruch auf kommunalpolitische Mitbestimmung und stellen die bisherige Machtverteilung in Frage. Unter Rückgriff auf ihre Kontakte zu höheren staatlichen Ebenen erzwingen sie eine Neuausrichtung. Sie verdrängen die eher rural geprägten Altbürger aus einem beliebten Stadtteil, setzen neue Werte in der Kommunalpolitik und forcieren eine von den Altbürgern lange Zeit verhinderte Gemeindegemeinschaft (Hogestijn et al. 2008: 154ff.). Auch ein Bedeutungswandel lokaler, unter den Gruppierungen diskrepanz verteilter Ressourcen und politische Entwicklungen, die eine der Gruppierungen besser zu nutzen weiß, können die örtliche Machtbalance beeinflussen (Hogestijn et al. 2008).

In diesem Zusammenhang dokumentiert die Migrationsforschung, dass starke Machtdifferentiale häufig zwischen Gruppen variierender ethnischer Herkunft vorliegen. Ethnische Minderheiten, die sozial aufsteigen, erwecken die Abstiegssängste etablierter Kreise. Die manifesten ethnischen Unterschiede können das soziologische Alter als Exklusionsgrundlage verdrängen (Treibel 2008: 84). Das Argument der Wohndauer kann aber auch zur symbolischen Verstärkung der Gruppenüberlegenheit instrumentalisiert werden. Als Erklärung für die Konfliktlinie zwischen Etablierten und Außenseitern wird der ethnische „Verwandtschaftsglauben“ von Max Weber behandelt, auf dessen Basis Solidarität mit der Eigengruppe zustande kommt (Freiheit & Sutterlütti 2015: 241).

Die jüngere Rezeption des Etablierten-Außenseiter-Ansatzes beinhaltet Anregungen zur Diversifizierung der Figuration. In der Migrationsforschung wird auf die historische Existenz von dienstleistenden Minderheiten mit einer zwischen zwei unterschiedlich mächtigen Gruppierungen, den Privilegierten und der Masse, vermittelnden Funktion verwiesen (ebd.: 238). Hogestijn et al. (2008: 153) empfehlen eine Erweiterung um die Gruppierung der lokal Indifferenten. Durch die Globalisierung steigere sich die räumliche Mobilität. Es entstünden neue Lebensstile und individualisierte Netzwerke würden sich verbreiten. Lokal führe dies zu einer Entkopplung vom Lebensort und der dort wohnhaften Gemeinde. Die Inhaber der neuen Lebensstile würden sich für örtliche Vorgänge eher weniger interessieren und gegenüber dem Wohnort indifferent sein. Die für sie bedeutsamen sozialen Beziehungen würden sie außerhalb suchen.

Die neuere Forschung berücksichtigt Einflussfaktoren, die von außerhalb auf eine Figuration wirken. Savage et al. (2008) zeigen, wie eine Gruppierung neu hinzugezogener Wahlbürger in Manchester das Sagen übernimmt. Die Wahlbürger erheben mit der Wohnortwahl den Anspruch, am Stadtleben teilzuhaben. Die Autoren schließen, dass die Aktivitäten altansässiger Bürger in der heutigen Zeit der Globalisierung eine geringere Relevanz für lokale Machtverhältnisse haben (Savage et al. 2008: 44).

Eine andere Studie betont, dass die gegenwärtigen Entwicklungen in Kommunen von übergreifenden Ebenen maßgeblich geprägt würden (Hogestijn et al. 2008: 150). In die Raumgestaltung können Machtvorteile eingebaut werden, wodurch Machtstrukturen im Konstruktionsprozess bedeutsam würden. In den daraus entstehenden Konflikten können Akteurguppen Strategien einsetzen, die auf verschiedenen Ebenen operieren. Die Strategien reichen von der Ausdehnung der eigenen Gruppe auf bis dato indifferente Personen, dem Ausschluss Außenstehender von Machtzentren, der Ausnutzung von Verbindungen zu mächtigeren Gruppen auf höheren Ebenen und dem Transfer der Konflikte dorthin bis zur strategischen Begrenzung der Konflikte auf kleinere Ebenen (Hogestijn et al. 2008). Nach Erkenntnissen der Migrationssoziologie können auch hierarchisch nachgeordnete Gruppierungen die Dynamiken zwischen Etablierten und Außenseitern beeinflussen. Die Stigmatisierung einer als unterlegen eingestuften Gruppe bessert das Empfinden der eigenen Position auf (Freiheit & Sutterlüty 2015).

Die theoretischen Überlegungen veranschaulichen, warum die kommunale Diskussion um Windkraft als von Repräsentanten lokaler Gruppierungen begründetes Feld konzipiert wird. Die Literatur identifiziert vielfältige Möglichkeiten für die dabei zum Zuge kommenden Akteurkonstellationen. Die neuere Forschung zum Etablierten-Außenseiter-Ansatz zeigt, dass sich sowohl etablierte wie auch bis dato exkludierte Gruppierungen durch gemeinsame Gruppenprozesse durchsetzen und gegenseitig ausschließen können. Exklusionsgrundlage können sowohl manifeste als auch latente Unterschiede sein. Eine größere Einwohnerzahl durch Zuzug kann sowohl einen Bedeutungsverlust der Altbürger zur Folge haben als auch indifferente und dadurch passive Neubürger in eine Kommune bringen.

3 Windenergieanlagen in einer baden-württembergischen Kleinstadt

In dem hier zu rekonstruierenden Fall wurde die erste kommunale Entscheidung zu Windkraft 2013 gefällt. Zum Ende der Erhebung (Februar 2018) war der Entscheidungsprozess der Kommune noch nicht abgeschlossen, allerdings waren weichenstellende Entscheidungen gefällt worden.

Der erste Schritt zur Analyse der Entstehung der kommunalen Diskussion um Windkraft bestand in der Erstellung eines Fallprofils nach McAdam und Schaffer Boudet (2012). Es stellt die in Gemeinde- und sozialer Bewegungsforschung als für kommunale Felder relevant identifizierten Faktoren zusammen. Dafür wurde eine Literaturrecherche zu der Kommune und ihrer Diskussion um Windkraft durchgeführt und die lokale Presseberichterstattung sowie die online erhältlichen Informationen zu den daran beteiligten Akteurguppen aufgearbeitet (McAdam et al. 2012: 28ff.). Aus Platzgründen wird das Fallprofil in reduzierter Form präsentiert. Im zweiten Schritt

wurde die Fallgeschichte mit problemzentrierten Interviews (Witzel 1985) und nach dem Schneeballprinzip erhoben. In einem dritten Schritt erfolgt eine erste Gegenüberstellung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen dem hier rekonstruierten Fall und den beiden erwähnten Fallstudien. Der Fokus des Vergleichs liegt auf den relevanten Akteurkonstellationen und Legitimationsstrukturen. Um einen Rückschluss auf die Kommune und insbesondere die beteiligten Personen zu verhindern, wird in der Darstellung der Ergebnisse von spezifischen Merkmalen funktional abstrahiert. Fallbezogene Quellenangaben werden nicht explizit ausgewiesen.

3.1 Fallprofil

Das Fallprofil umfasst die räumlichen, sozialen und politischen Charakteristika der Kommune, die organisationalen Merkmale der Akteure und Institutionen, empirisch als relevant beobachtete, feldexterne Rahmenbedingungen sowie die konkreten Entwicklungsbedingungen der kommunalen Diskussion um Windkraft. Die technischen Merkmale etwaiger Anlagen werden ausgeklammert, da die Umsetzung im Politikfeld noch nicht detailliert diskutiert wurde.

Räumliche, soziale und politische Charakteristika der Kommune

Die Kommune ist eine ländlich gelegene Kleinstadt im nördlichen Schwarzwald. Die örtliche Topographie ist geprägt von Tal- und Kuppenlagen. Der Windatlas Baden-Württemberg beschreibt die lokale Windhöffigkeit als stark vom jeweiligen Standort abhängig. Demnach kann gerade in den Höhenlagen ab 100m über dem Grund eine Windgeschwindigkeit auftreten, über die weniger als 1% der Landesfläche verfügt² (Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg 2014).

Die Kommune besteht aus einer Kernstadt in Tallage und Teilorten. Circa ein Drittel der Einwohner lebt in der Kernstadt. Die ehemals bäuerlichen Teilorte sind drei Höhengemeinden auf Kuppenlagen und zwei Gemeinden in parallel liegenden Tälern. Die Teilorte wurden vor etwa 40 Jahren eingemeindet. Vor Ort gibt es ein Großunternehmen für Verpackungstechnik, das gleichzeitig der größte Arbeitgeber ist, eine kulturell bedeutsame Getränkefabrik sowie einige mittelständische Unternehmen. Die meisten Betriebe sind in der Höhengemeinde mit der größten Bevölkerungszahl angesiedelt. In einer anderen Höhengemeinde steht seit 1998 eine Windenergieanlage (WEA) und seit 2001 ein Solarpark. Die Kommune hat eine süddeutsche Ratsverfassung (Ipb 2017). Ihre einzelnen Teilorte sind Ortschaften im Sinne der baden-württembergischen Gemeindeordnung. Sie besitzen einen eigenen Ortschaftsrat mit jeweils einem Ortsvorsteher im Vorsitz. Die Ortschaftsräte haben im Stadtrat kein

² Die Windgeschwindigkeit von mehr als 6.00 bis 7.00 m/s auf 100 m Höhe über Grund wurde bei Flächen auf über 800m NN gemessen. Diese Werte haben 0.8% der Landesfläche (Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg 2014: 28).

Stimm- sondern lediglich Rederecht (Zicht 2016). 2014 wurde die unechte Teilortswahl³ im Ort abgeschafft. Seitdem wurde eine Zusammenlegung der Höhengemeinden auf Verwaltungs- und Vereinsebene mehrfach diskutiert.

In der Kommunalwahl von 2016 beteiligten sich 66% der Wahlberechtigten. Es wurde ein parteiloser Bürgermeister gewählt, der einen Bürgermeister der SPD nach einer Amtsperiode ablöste. Entsprechend politikwissenschaftlicher Erkenntnisse wird die Kommunalpolitik eher bottom-up als von Bundes- oder Landesparteien gestaltet (Mayntz 1955). Laut der lokalen Presse machen Fraktionen in der vorliegenden Kommune die Politik. Bei der Stadtratswahl 2014 erhielt die FWV/CDU-Fraktion sieben der 18 Stadtratssitze. Aus der SPD-Liste wurden drei und aus der Frauenliste ein Platz besetzt. Eine ortsspezifische Fraktion, die in einer Höhengemeinde gegründet wurde, erhielt drei Sitze. Eine andere ortsspezifische Fraktion, in der sich vordergründig Bewohner der Kernstadt engagieren, erhielt vier Sitze. Das Ergebnis stellt einen erheblichen Unterschied zur Stadtratswahl 2009 dar. Damals fielen neun Sitze an die FWV/CDU-Fraktion, sechs Sitze an die SPD. In der vorherigen Ratsversammlung gab es nur die ortsspezifische Fraktion aus den Höhengemeinden, die drei Sitze erhielt (Tab. 1).

Tabelle 1: Sitzverteilung nach den Stadtratswahlen von 2009 und 2014

	FWV/CDU	SPD	Fraktion der Höhengemeinden	Fraktion der Kernstadt
2009	9	6	3	nicht existent
2014	7	4	3	4

Die Kommune wird für ein Windvorhaben als Entscheidungsinstanz relevant, sobald der Stadtrat entscheidet, einen diesbezüglichen Teilflächennutzungsplan auszuweisen. Damit kann die Kommune die Windenergienutzung über den sogenannten Planvorbehalt steuern und durch die Ausweisung von bestimmten Standorten derartige Bauvorhaben auf Flächen konzentrieren und für andere Flächen im Außenbereich ausschließen (FA-Wind 2015). Positive Standortzuweisungen im Gebiet der Kommune haben zur Folge, dass der weitere Planungsraum von WEA)freigehalten wird. Ansonsten gilt die baurechtliche Privilegierung von WEA im Außenbereich nach § 35 Abs. 3 BauGB.⁴ Grundsätzlich unterliegt die kommunale Bauleitplanung einer An-

³ Bei der unechten Teilortswahl werden die Sitze im Gemeinderat so vergeben, dass Vertreter der jeweiligen Wohnbezirke proportional repräsentiert sind. Gewählt werden können die Kandidaten aber von allen Bürgern der Kommune (Kommunalwahlrecht in Baden-Württemberg 2017).

⁴ Das bedeutet, dass privilegierte Vorhaben im Außenbereich grundsätzlich zulässig sind, es sei denn, öffentliche Belange stehen entgegen. Öffentliche Belange sind v.a. übergeordnete Instrumente der Raumordnungsplanung (HFK Rechtsanwälte 2012).

passungspflicht an die übergeordneten Instrumente der Raumordnungsplanung. Über die letzte Genehmigung einer WEA entscheidet das Landratsamt im Rahmen einer immissionsschutzrechtlichen Prüfung. Dabei werden mögliche Umweltauswirkungen und Nachteile für die Nachbarschaft evaluiert (Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg 2015). Windprojekte können für den kommunalen Haushalt bedeutende Einnahmen aus Gewerbesteuern und dem Kommunalanteil der Einkommensteuern versprechen. Auch kann eine Kommune eigene Flächen zur Windenergienutzung verpachten.

Organisationale Merkmale

In der kommunalen Diskussion um Windkraft engagierten sich kommunale und privatwirtschaftliche Akteure, Stadtratsfraktionen und eine Gemeinschaft von Stadtortgegnern sowie weitere Personen mit Vertretungsanspruch eines Kollektivs. Mehrere privatwirtschaftliche Akteure äußerten Interesse an WEA im Stadtgebiet. Längeren Bestand hatten nur die Planungen einer regionalen Bürgerenergiegenossenschaft und einer Kommanditgesellschaft um den Initiator von WEA und Solarpark aus der Höhengemeinde. Die weiteren Bewerber schieden nach dem Ausschluss der von ihnen beplanten Flächen aus der Flächennutzungsplanung sowie eigenen Stellungnahmen vor dem Kontext von Dauer und Unsicherheit der Planung aus.

Das selbsterklärte Ziel des Initiators aus der Höhengemeinde ist, zur Energiewende beizutragen, die Umwelt zu schützen und dem Klimawandel entgegenzuwirken. Neu in das Stadtgebiet zugezogen, errichtete er 1998 eine WEA in einer Höhengemeinde auf einer Fläche der Familie seiner Frau. Gegen die Installation der ersten Anlage gab es Protest in Form rechtlicher Einwände, die vom Landratsamt abgewiesen wurden. Laut dem Initiator hätten sich die Wogen nach der Inbetriebnahme der WEA geglättet. Die Resonanz sei positiv gewesen und ein früherer Beschwerdeführer habe sich entschuldigt. Ab 2000 errichtete der Initiator auf öffentlichen Liegenschaften und auf der Ackerfläche in Sichtweite der WEA Photovoltaik (PV)-Anlagen. Bis 2007 baute er die PV-Anlagen in Kooperation mit persönlich rekrutierten Personen aus der Region zu einem Solarpark aus. Die WEA wurde 2011 an die Stadtwerke einer weiter entfernten Stadt verkauft und 2013 für ein Repowering zurückgekauft. An der Restauration beteiligten sich Privatpersonen aus der Höhengemeinde und der Region, eine regionale Genossenschaft sowie die Stadtwerke der Landeshauptstadt und einer weiter entfernt gelegenen Kleinstadt.

In der Stadt entstand eine weitere Initiative für erneuerbare Energien. Ein ehemaliger Mitarbeiter eines internationalen IT- und Beratungsunternehmens zog zu und entdeckte über die PV-Anlage des neu erstandenen Hauses sein Interesse für alternative Energieträger. Zusammen mit lokal ansässigen Gleichgesinnten plante er die Gründung einer Energiegenossenschaft über ein Initialprojekt auf dem städtischen Marktplatz. Nach der informellen Zusage des Bürgermeisters forderte ein Stadtrat die Aus-

schreibung des Vorhabens. Der Zuschlag ging an einen kostengünstigeren Bewerber, woraufhin Missstimmung zwischen den potentiellen Genossenschaftsmitgliedern und dem Bürgermeister entstand. Über persönliche Bekanntschaften eines Mitglieds fand sich schließlich ein Immobilienbesitzer, der eine Fläche zur Installation der PV-Anlage anbot. Das ermöglichte die Genossenschaftsgründung im Oktober 2010. Es beteiligten sich viele Bürger der Kommune, darunter ein lokaler Getränkeproduzent und der Leiter eines im Stadtgebiet ansässigen seismologischen Instituts. Ziel der Genossenschaft ist, einen Beitrag zum Umweltschutz und zur Energiewende zu leisten. In ehrenamtlichem Engagement realisiert sie nach eigenen Angaben jährlich etwa ein PV-Projekt auf öffentlichen oder privatwirtschaftlichen Liegenschaften. Lange Zeit beschäftigte sie sich nicht mit Windkraft, da WEA in der Kleinstadt raumplanerisch nicht möglich waren.

Im Zuge kommunaler Konflikte, mitunter um Windkraft, entstand die Stadtratsfraktion, in der sich vorrangig Bürger aus der Kernstadt engagieren. Ziel der „Zukunft für die Stadt“ ist, die Kernstadt zu vertreten, ihre wirtschaftlichen und demographischen Probleme anzugehen und eine „Umkehr“ der Politik des damaligen Bürgermeisters zu bewirken. Vier Gründungsmitglieder der Fraktion sind gleichzeitig Mitbegründer der Bürgerenergiegenossenschaft.

Es kam Protest gegen WEA im Stadtgebiet auf. Die Interessengemeinschaft⁵, die den Protest zu vertreten beanspruchte, gründete sich 2015. Ihre Mitglieder, die vorrangig in der Kernstadt leben oder dort geboren sind, sehen sich als Standortgegner. Die Stadt eigne sich als windschwaches Gebiet nicht für WEA. Die Energiewende müsse ökologisch, ökonomisch und sozial vertretbar gestaltet werden. Dafür sollen Demokratie, Einsparungs- und Speicheroptionen sowie Netzausbau unter Einbindung ehrlich informierter Bürger insbesondere im ländlichen Raum verstärkt forciert werden. Die Energieversorgung müsse zur Sicherung des Wohlstands grundlastfähig bleiben. Aktuell würden die Mehrkosten dem Verbraucher durch EEG-Umlage aufgebürdet. Profitieren würden nur Hersteller und Betreiber. Den durch die Verschandelung kulturell wertvoller Landschaften entstehenden Schaden trage die „Allgemeinheit“. Die durch WEA entstehenden, negativen Auswirkungen auf Mensch und Natur, wie beispielsweise durch Schallemissionen, würden durch die Tallage der Stadt verstärkt. Die etablierte Gutachtenpraxis sei durch das finanzielle Aufkommen der Auftraggeber eine Farce.

Aus den organisationalen Merkmalen der Akteure des Politikfelds wird deutlich, dass Neubürger in allen in der kommunalen Diskussion um Windkraft auftretenden Gruppierungen vertreten sind.

⁵ Interessengemeinschaften sind Zusammenschlüsse von Personen auf vertraglicher Basis und gelten als Gesellschaften bürgerlichen Rechts (GbR). GbR können nach §§ 705 ff. BGB jeden beliebigen, legalen Zweck verfolgen. Die Mitglieder haften persönlich (Gabler 2015).

Einfluss feldexterner Rahmenbedingungen

Die weiteren Politikfelder der Kommune, wie andere lokale erneuerbare Energieprojekte, Nachbarkommunen sowie übergeordnete regulative Ebenen, umgeben das kommunale Politikfeld um Windkraft. Der Übersichtlichkeit wegen konzentriert sich die folgende Übersicht auf die Illustration der Einflussnahme rahmengebender politischer Felder.

Mit der Einführung des Stromeinspeisegesetzes im Jahr 1990 und der Weiterentwicklung zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das im April 2000 in Kraft trat, hatte sich in Deutschland bis 2008 eine leistungsstarke Industrie um Windkraft etabliert. Der Initiator aus der Höhengemeinde führte seine ersten Projekte im Stadtgebiet vor diesem Hintergrund aus. Zwar war 2008 im Zusammenhang mit dem Teilregionalplan „Regenerative Energien“ beschlossen worden, in der Kommune kein Vorranggebiet für WEA auszuweisen, die Anlagen des Initiators wurde aber als Einzelvorhaben auf der Grundlage eines Bebauungsplanes genehmigt.

2005 wurde der Regionalplan Nordschwarzwald zu Windkraft verabschiedet. Er wies Vorrangflächen für Windenergie aus. Das ermöglichte WEA unter Abwesenheit entgegenstehender öffentlicher Belange baurechtlich. Im Regionalplan wurde für das Stadtgebiet eine Schutzzone von 10 km um das dort angesiedelte seismologische Institut vorgeschrieben. WEA wurden damit als hoch konfligierend zu den Forschungsbelangen der Forschungseinrichtung unterbunden. Das EEG 2009 hob die Vergütungen für Strom aus Windenergie, Wasser, Gasen und Geothermie weiter an. Windenergie im Binnenland wurde dadurch bessergestellt (Leuschner 2015). Die Vergütung für Energie aus PV-Anlagen sank stetig (Hook 2018). Die ersten Überlegungen der Bürgerenergiegenossenschaft fanden auf dieser Grundlage statt, beliefen sich aber wegen der planerischen Einschränkungen nur auf PV-Projekte.

Im Mai 2012 wurde das Landesplanungsgesetz dahingehend geändert, dass die in den Regionalplänen festgelegten Ausschlussgebiete für WEA im Folgejahr Geltung verloren. In den Regionalplänen sollten nur noch Vorranggebiete für WEA festgelegt werden. Folglich schrieb der Landesbetrieb Forst Baden-Württemberg ab 2012 die Verpachtung von Landesflächen zur Windkraftnutzung aus. Die neue Regelung ermöglichte es den Kommunen, Standorte für WEA unter Berücksichtigung der Landesziele zum Ausbau der Windkraft planerisch selbst zu steuern.

Mit dem EEG 2012 wurde die Grundvergütung des EEG 2009 für Windenergie bis 2016 weiter gewährleistet (Dibbern 2011). Vor diesem Kontext starteten die Bürgerenergiegenossenschaft und der Initiator aus den Höhengemeinden ihre Planungen der Windvorhaben. Im EEG 2014 wurde ein Ausbaukorridor mit atmendem Deckel für Energie aus Windkraft eingeführt. Die Länder konnten die Mindestabstände der WEA zu baulichen Flächen autonom regeln, die Direktvermarktung wurde verpflichtend und diverse Boni, die zuvor den Anlagenenertrag gesteigert hatten, entfielen. Es

wurde angekündigt, dass eine erhöhte Anfangsvergütung nur bis 2016 weitergezahlt werden sollte und ab da die Vergütung pro Quartal abgesenkt würde (iWR 2014). Die ab Januar 2017 gültige Fassung des EEG sieht eine Festsetzung der Vergütungshöhe der Einspeisung über Ausschreibungen und feste Ausbauziele für Windkraft vor. Ein Referenzertragsmodell bestimmt die Förderhöhe nach Standort. Der den Zuschlag gewinnende Bewerber erhält die EEG-Vergütung für 20 Jahre (BWE 2016).

Die feldexternen Rahmenbedingungen machen auf die stetige Verschlechterung der Förderbedingungen für PV, auf die die Bürgerenergiegenossenschaft und der Kreis von Akteuren um den Initiator aus der Höhengemeinde lange Zeit setzten, aufmerksam.

Entwicklungsbedingungen

Die Änderungen des Landesplanungsgesetzes von 2012 führten zu einer Neudefinition der Schutzzone um das seismologische Institut auf Grundlage eines Gutachtens der das Institut betreibenden Forschungseinrichtung und der Universität der Landeshauptstadt. Das Gutachten sah die Forschungstätigkeit des Instituts durch eine Minimierung der Schutzzone auf 3 km als nicht beeinträchtigt an. Folglich konnten im Stadtgebiet Vorrangflächen für die Windenergienutzung ausgewiesen werden und es gingen Projektierungsanfragen bei der Stadtverwaltung ein. Angesichts der Neuregelung und Anfragen debattierte der Stadtrat im Februar und März 2013 über lokale WEA. Es wurde in Aussicht gestellt, dass die Stadt als Grundstückseigentümerin von wirtschaftlichen Standorten profitieren könne. Eine Fläche auf einer von der Kernstadt aus nördlich gelegenen Kuppenlage, die im Blickfeld der zwei Talgemeinden liegt, wurde für diesen Zweck bedacht. Da in der Kommune in der Vergangenheit keine kollektive Vereinbarung über die Zuwegung zu einzelnen Flächen getroffen worden war, waren die zu den Flächen führenden Waldwege im Besitz einzelner Flächeneigentümer. Unter Beratung einer Agentur sondierte die Stadtverwaltung den Aufwand einer Flächennutzungsplanung. Der stellvertretende Bürgermeister regte an, die Fortschreibung des Regionalplans aufgrund des Kostenaufwands für drei Monate abzuwarten. Der Stadtrat nahm den Vorschlag mehrheitlich an.

Mit der Reduktion der Schutzzone begann die Bürgerenergiegenossenschaft, ein Windvorhaben auf der Fläche nördlich der Stadt zu diskutieren. Die Genossenschaft sah den bestehenden Energiebedarf der größeren örtlichen Industrieunternehmen als Möglichkeit der Direkteinspeisung von lokal erzeugter Energie. Der Initiator aus der Höhengemeinde setzte den damaligen Bürgermeister von seinen Plänen einer WEA auf einer zur Kernstadt östlich gelegenen Anhöhe in Kenntnis. Die neue WEA würde im Sichtfeld der im Tal gelegenen Kernstadt und zweier Höhengemeinden liegen.

Bereits das Fallprofil zeigt, dass Neubürger in alle in der Kommunalpolitik zu Windkraft auftretenden Gruppierungen involviert waren. Das ist ein maßgeblicher Unterschied des vorliegenden Falls zu den beiden eingangs erwähnten Fallstudien. Ein weiterer Unter-

schied besteht darin, dass die kommunalpolitischen Auseinandersetzungen in den beiden Fallstudien maßgeblich zwischen Projektbefürwortern und -gegnern ausgetragen wurden. Im vorliegenden Fall scheint es auch ein konkurrenzartiges Verhältnis zwischen zwei Windkraftinteressenten zu geben.

3.2 Fallgeschichte

Die Windkraftprojektanten, die ihr Interesse bei der Stadtverwaltung bekundeten, beplanten unterschiedliche Flächen. Aufgrund der Wahrnehmung der einzelnen Projekte durch die beteiligten Akteure als „Windvorhaben im Stadtgebiet“ und die wechselseitige Orientierung der Unternehmen wird die um die Vorhaben entstehende Diskussion als ein Politikfeld modelliert.

Jahr 2013

Im Jahr 2013 beschloss der Stadtrat, einen Teilflächennutzungsplan aufzustellen, um Konzentrationszonen für Windkraft auszuweisen und ein Planungsbüro mit der Planung zu beauftragen. Die Bürgerenergiegenossenschaft plante gemeinsam mit Enercon, den Stadtwerken einer näher gelegenen größeren Stadt und einem regionalen Großunternehmen sechs Anlagen auf der nördlich zur Kernstadt gelegenen Fläche. Der Initiator aus der Höhengemeinde initiierte eine Führung des Stadtrats zur bestehenden WEA, um für das neue Vorhaben auf der östlich zur Kernstadt gelegenen Fläche zu überzeugen.

Jahr 2014

Im Jahr 2014 entschied der Stadtrat auf Vorschlag des Bürgermeisters mehrheitlich, den Aufstellungsbeschluss für die Flächennutzungsplanung zu Windkraft beizubehalten, aber die Erarbeitung der Planung aufgrund der erwarteten Kosten einzustellen. Vier Stadträte stimmten dagegen. Die Bürgerenergiegenossenschaft kaufte die bis dato bestehende Planungslage der Stadt auf. Sie sondierte die Eigentümer der Privatgrundstücke auf der von ihr beplanten Fläche, von denen ein Großteil in den Talgemeinden, von denen aus die WEA sichtbar sein würden, lebten. Die Initiative lud die Waldbesitzer zur Vorstellung des Projekts in ein örtliches Gasthaus ein. In mehreren Informationsveranstaltungen warb sie um deren Beteiligung an dem Vorhaben und beauftragte Gutachten wie eine Windhöufigkeitsanalyse.

Auch der Initiator aus der Höhengemeinde mobilisierte für sein Vorhaben. Er gründete eine Kommanditgesellschaft, in der etwa 20 Personen aus der Höhengemeinde, auf deren früherer Gemarkung die Fläche östlich der Kernstadt lag, beteiligt wurden. Außerdem beteiligten sich Personen, mit denen er bereits in den vorherigen Projekten zusammengearbeitet hatte. Die Gesellschaft setzte sich aus 53% Privatpersonen und 47% zweier

Stadtwerke und Energiegenossenschaften zusammen. Der Ortschaftsrat der betroffenen Höhengemeinde stimmte dem Windprojekt zu. In einer Vorantragskonferenz bewilligte das Landratsamt den Antrag auf immissionsschutzrechtliche Genehmigung der WEA unter Vorbehalt der Abwesenheit entgegenstehender naturschutzrechtlicher Belange.

Am 25. Mai fanden die Kommunalwahlen zur Neubesetzung des Stadtrats statt. Elf der 18 Sitze wurden neu besetzt. Vier Sitze erhielt die neu gegründete Fraktion "Zukunft für die Stadt", die im Wahlkampf mit einer Neuausrichtung der städtischen Politik warb. Ihr selbsterklärtes Ziel war, die östlich der Stadt gelegene Kuppenlage von WEA frei zu halten, um eine Beeinträchtigung der Kernstadt zu verhindern. Die Fraktion wollte mit der Erstellung eines Flächennutzungsplans zu Windkraft für planerische Klarheit sorgen.

In einer öffentlichen Stadtratssitzung bekundeten insgesamt fünf Investoren Interesse an Standorten im Stadtgebiet. Der Unternehmensverbund um die Bürgerenergiegenossenschaft, die EnBW und die Stadtwerke der Landeshauptstadt visierten die zur Kernstadt nördlich gelegene Fläche an. Die Stadtwerke der Landeshauptstadt und die EnBW kalkulierten jeweils mit bis zu sechs WEA auf einem Pool privater und kommunaler Flächen. Die Badenova rechnete mit vier WEA auf einer nordwestlich zur Kernstadt gelegenen Fläche, die auf der Gemarkung einer Talgemeinde liegt. Das regionale Großunternehmen aus dem Verbund mit der Energiegenossenschaft trat auch als eigenständiger Investor für zwei WEA auf einem ebenfalls östlich der Kernstadt liegenden Grund auf. Nach der Präsentation der Investoren kritisierten Stadträte die landschaftlichen Auswirkungen und die wirtschaftliche Machbarkeit der Projekte. Anwesende Waldbesitzer kündigten eine Verweigerung der Zuwegung an. In der Sitzung kam erneut die Forderung nach einer Flächennutzungsplanung auf.

Jahr 2015

In der Fortschreibung des Regionalplans im Jahr 2015 wurde unter anderem die vom Initiator aus der Höhengemeinde beplante Fläche zur Windkraftnutzung freigegeben. Die Kommanditgesellschaft des Initiators gewann die Ausschreibung des Landesbetriebs Forst Baden-Württemberg.

In einer Stadtratssitzung wurden die lokalen Windvorhaben erneut diskutiert. Der damalige Bürgermeister betonte die Unvermeidbarkeit von WEA im Stadtgebiet. Der Ortschaftsrat der Höhengemeinde, in der der Initiator aus einer anderen Höhengemeinde WEA plante, plädierte für den Anlagenbau. Die Ortschaftsräte der optisch betroffenen Talgemeinden sprachen sich dagegen aus. Der stellvertretende Bürgermeister befürwortete angesichts des Protests die Aufstellung eines Flächennutzungsplans zum Erhalt der städtischen Steuerungsmöglichkeit. Es wurde entschieden, die beplanten städtischen Flächen nördlich der Kernstadt zur Windkraftnutzung auszuschreiben und die Abstimmung über einen Teilflächennutzungsplan aufzuschieben. In einer späteren Sitzung beschied

der Stadtrat, dass vier seiner Mitglieder wegen des Besitzes von beplanten Flächen in Bezug auf die Flächennutzungsplanung befangen seien.

Bürger, die die lokalen Windvorhaben ablehnten, organisierten gemeinsam mit dem Unternehmer für Verpackungstechnik und der CDU eine Veranstaltung mit Referenten. Dazu luden sie auch einen Landtagsabgeordneten ein. Als Gegendarstellung gedacht, unterbreiteten die Vorträge kritische Perspektiven auf die Winderzeugungstechnologie. Die SPD-Fraktion des Stadtrats blieb der Veranstaltung fern. Die Gruppierung der circa zehn Bürger gründete eine Interessengemeinschaft der Standortgegner. Die Gemeinschaft sah das Stadtbild durch WEA auf allen Flächen als beeinträchtigt an. Auch die lokale Wirtschaft, der städtische Tourismus und die Forschung des seismologischen Instituts würden unter dem Anlagenbau leiden. Die Interessengemeinschaft sammelte nach eigener Auskunft etwa 700 Unterschriften gegen den Anlagenbau und nahm Kontakt zu Politikern auf Kommunal-, Regional- und Landesebene auf. Ihre Mitglieder verteilten Flyer, verfassten Pressemitteilungen und Leserbriefe. Sie organisierten weitere Referenten für Stadtratssitzungen und setzten sich für einen Teilflächennutzungsplan ein.

Auf das Engagement der Standortgegner hin stellte der Initiator aus der Höhengemeinde sein Vorhaben auf der östlich der Kernstadt gelegenen Fläche in einer Stadtratssitzung vor. Danach wurde die Drohung der Verlegung des Firmenstandorts des Unternehmers für Verpackungstechnik im Falle der Errichtung der WEA erörtert. Weitere Bedenken gegen WEA auf der nördlich der Kernstadt gelegenen Fläche wurden durch den Getränkeproduzenten angebracht. Der Anlagenbau könne Trinkwasserquellen beeinträchtigen und damit die Produktion seines Unternehmens gefährden. Nach Berichten der Lokalpresse spaltete der Beschluss, dennoch keinen Teilflächennutzungsplanung anzustreben, das Gremium quer durch alle Fraktionen.

Auf einer wissenschaftlichen Konferenz wurde der mögliche Beitrag des seismologischen Instituts für Niederfrequenzmessungen publik. Die Institutsleitung befürchtete eine Einschränkung der Forschungstätigkeit durch den Betrieb von WEA und äußerte dies gegenüber Planungsträgern und Genehmigungsbehörden.

Insgesamt kam in den Talgemeinden, der Kernstadt und von Seiten lokal ansässiger Unternehmer Widerstand gegen den Anlagenbau auf. Mit dem Fokus auf Gruppendynamiken fällt auf, dass sich der Protest nur in der Kernstadt organisierte. In der mit WEA beplanten Höhengemeinde sprach sich der Ortschaftsrat für Windkraft aus. Das suggeriert einen Antagonismus zwischen Gruppierungen unterschiedlicher Wohnorte in der kommunalen Diskussion um Windkraft.

Jahr 2016

Der Initiator aus der Höhengemeinde beantragte die immissionsschutzrechtliche Genehmigung der WEA auf der östlich zur Kernstadt gelegenen Fläche. Er verfasste eine Stellungnahme an den Stadtrat, in der er gegen die Windvorhaben auf der nördlich gelegenen Fläche argumentierte. Die Ortsvorsteherin der Höhengemeinde berief eine Ortsversammlung ein, nach der der Ortschaftsrat eine die WEA befürwortende Stellungnahme im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens abgab.

Alle Stadtratsfraktionen, außer der CDU, beantragten die Aufstellung eines Teilflächennutzungsplans. Es wurde ein Nebenantrag zur Vergabe der nördlich und nordwestlich zur Kernstadt gelegenen Flächen gestellt. Daraus entstand ein Streit zwischen dem damaligen Bürgermeister, der den Antrag als unbegründet zurückwies, und Stadtratsmitgliedern. Weiterer Unmut kam auf, da ein an den Stadtrat adressiertes Schreiben dem Rat nicht vollständig vorgelegt wurde. Aufgrund von befürchteten Auswirkungen auf die Forschungstätigkeit plädierte die das seismologische Institut betreibende Forschungseinrichtung in dem Schreiben gegen WEA auf der nördlich der Kernstadt gelegenen Fläche. Zusätzlich debattierte der Stadtrat in der Sitzung die Befangenheitseinstufung der vier Stadtratsmitglieder. Die Streitfragen blieben ungeklärt. Nach der Sitzung gab der damalige Bürgermeister die Befangenheitsfrage an die Rechtsaufsicht weiter. Die lokale Presse zitierte Ratsmitglieder, die von einem verlorenen Vertrauen in den Bürgermeister berichteten. Kurze Zeit später fasste der Stadtrat den mehrheitlichen Beschluss der Aufstellung eines Teilflächennutzungsplans zu Windkraft. Kurz danach betätigte die Rechtsaufsichtsbehörde die Gültigkeit der Befangenheitsbeurteilung. Der Stadtrat stimmte ab, die städtischen Flächen auf der nördlich der Kernstadt gelegenen Anhöhe an die Bürgerenergiegenossenschaft zu vergeben. Die Abstimmung erfolgte ohne Befangenheitsausschluss. In der Stadtratssitzung wurde die Fläche so eingeschränkt, dass sich das Vorhaben des regionalen Großunternehmens erübrigte. Im Stadtrat sitzende Mitglieder der Bürgerenergiegenossenschaft legten Einspruch gegen den Planungsschritt der Gemeinde ein. Das Großunternehmen kündigte an, die Planung der Stadt anzufechten.⁶ Die Lokalzeitung berichtete, dass zu diesem Zeitpunkt auch die Badenova und die EnBW ihre Planungen aufgegeben hatten.⁷

⁶ Das regionale Großunternehmen bezog zu dem Status seines Vorhabens aufgrund des „noch nicht abgeschlossenen Prozesses“ keine Stellung (Stand vom 2.2.2018). Aus dem Gespräch mit einem ehemaligen Projektpartner ging hervor, dass der Klageweg erwägt worden sei.

⁷ Aufgrund der verweigerten Stellungnahmen der Unternehmen sind nur informierte Rückschlüsse auf die Gründe des Ausscheidens möglich. Die Badenova hatte mit einer Zuwegung über das Nachbardorf geplant, wogegen in dem Ort Widerstand aufkam. Zum Vorhaben der EnBW konnten online keine weiteren Informationen gefunden werden. Allerdings war das Unternehmen bereits bei einer zweiten Präsentationsrunde im Gemeinderat im Januar 2015 nicht mehr zugegen, was einen Interessensverlust aufgrund der unklaren kommunalen Planungslage bedingt haben könnte.

Im Wahlkampf um das Bürgermeisteramt fand ein öffentliches Duell der Bewerber statt, das der stellvertretende Bürgermeister moderierte. Laut der Lokalzeitung war Windenergie dabei ein wichtiges Thema. In der Wahl wurde ein parteiloser Bürgermeister gewählt, der sich im Wahlkampf für den Teilflächennutzungsplan ausgesprochen hatte. Nach einer kleinen Anfrage des Landtagsabgeordneten, der in Kontakt mit den Standortgegnern stand, erhöhten mehrere Landesministerien gemeinsam in einem gemeinsamen Erlass die Schutzzone um das seismische Institut von 3 auf 5 km.

Der Stadtrat stimmte einheitlich für einen Vorentwurf des Teilflächennutzungsplans zu Windkraft auf Grundlage von Windhöffigkeit und Abstand von 1000 m zur Wohnbebauung. Die Abstandsregelung zur Wohnbebauung schloss die Vorhaben der Stadtwerke der Landeshauptstadt und des Initiators aus der Höhengemeinde aus. Das Gremium verabschiedete eine Beantragung der Zurückstellung der immissionschutzrechtlichen Genehmigung des Windvorhabens des Initiators. Das Landratsamt genehmigte die Rückstellung bis November 2017. Der Initiator reichte beim Verwaltungsgericht Klage gegen den zeitlichen Aufschub ein.

Der Protest aus der Höhengemeinde spricht gegen einen vorherrschenden Antagonismus zwischen Gruppierungen aus den Höhengemeinden versus Talgemeinden und Kernstadt. Dafür liefern die lokalen Vorgänge Hinweise auf die Relevanz der Stadtratsfraktionen. Der ehemalige, SPD-zugehörige Bürgermeister, mit dem der Initiator aus der Höhengemeinde persönlichen Kontakt unterhielt, hatte sich in der Vergangenheit gegen eine Flächennutzungsplanung eingesetzt. Die SPD-Fraktion hatte sich als einzige von dem Anliegen der Standortgegner bereits im Vorhinein distanziert. Der ehemalige Bürgermeister wurde in der Kommunalwahl abgewählt und der Stadtrat beschloss die Einleitung der Flächennutzungsplanung. Parallel wurde die lokale Diskussion um Windkraft durch das Engagement der mit der CDU kooperierenden Standortgegner auf die politische Landesebene gehoben. In Bezug auf die formalen Kompetenzen der an der Diskussion beteiligten Akteure werden Unterschiede deutlich. Einige Mitglieder der Bürgerenergiegenossenschaft sitzen über die „Zukunft für die Stadt“ im Stadtrat. Dagegen wendet sich der Initiator aus der Höhengemeinde auf formal-schriftlichem Weg an das Gremium, um gegen Windkraft auf der von der Bürgerenergiegenossenschaft anvisierten Fläche zu argumentieren.

Jahr 2017

Der Stadtrat beschloss die Vergabe des ersten Gutachtens der Flächennutzungsplanung sowie eine erneute, durch die laufenden Planungen als notwendig erachtete Zurückstellung der immissionsschutzrechtlichen Entscheidung über das Windvorhaben des Initiators aus der Höhengemeinde bis November 2018. Das Verwaltungsgericht urteilte, die aufschiebende Wirkung der ersten Zurückstellung bis 2017 sei aufgrund der zeitlichen Angemessenheit der städtischen Planungen adäquat. Der Initiator legte Einspruch gegen die erneute Zurückstellung ein. Die Zurückstellung sei nur unter

besonderen Umständen wie komplexen Flächen oder aufwendigen Verfahren haltbar. Die Stadt habe das Verfahren der Flächennutzungsplanung absichtlich verzögert. Das Verwaltungsgericht beschied, dass die erneute Zurückstellung im Ermessensspielraum der Baurechtsbehörde läge und damit rechtskräftig sei. Eine weitere Verlängerung der Zurückstellung sei nicht möglich. Der Initiator legte erneut Widerspruch gegen das Urteil ein. In der Lokalzeitung bezogen Waldbesitzer aus den Talgemeinden Stellung zu ihrer Zusammenarbeit mit der Bürgerenergiegenossenschaft.

Der 2017 fortgeschriebene Regionalplan zu Windkraft für den Nordschwarzwald wies die von der Bürgerenergiegenossenschaft beplanten Flächen als Vorranggebiete für Windkraftnutzung aus. Da Teile der von der Bürgerenergiegenossenschaft beplanten Anhöhe Wasserschutzgebiet waren, beauftragte die Genossenschaft ein hydrogeologisches Gutachten, um die mögliche Beeinträchtigung von Trinkwasser durch WEA beurteilen zu lassen. Das Gutachten ergab, dass keine Beeinträchtigung zu erwarten sei, zumal sich die Wasserquellen des Getränkeproduzenten auf der anderen Seite des Tals befänden.

Das Auftreten von Unterstützern der lokalen Windprojekte in den Talgemeinden spricht gegen einen dominanten Antagonismus zwischen Talgemeinde und Kernstadt. Die rechtliche Anfechtung der Zurückstellungsanträge seitens der Stadt zeigt, dass der Initiator aus der Höhengemeinde die diesbezüglichen kommunalen Entscheidungen nicht anerkennt.

Jahr 2018

Im Januar 2018 konkretisierte die Stadt ihren Vorentwurf der Flächennutzungsplanung. Die nordwestliche Fläche schied wegen arten- und grundwasserschutzrechtlichen Erwägungen aus. Die zur Kernstadt nördlich gelegene Fläche, die nur noch die Gruppierung von Unternehmen um die Bürgerenergiegenossenschaft beplante, verblieb trotz eines „hohen artenschutzrechtlichen Konfliktpotenzials“ in der Planung.

Zum Abschluss der Erhebung waren noch keine WEA im Stadtgebiet errichtet worden. Nach den bisher gefällten kommunalen Entscheidungen verbleibt nur ein Gebiet, in dem die Aufstellung von WEA planungsrechtlich möglich ist.

3.3 Fallvergleich

Der Vergleich des vorliegenden Falls mit den beiden erwähnten Fallstudien zeigt Gemeinsamkeiten und Unterschiede auf. In allen drei Fällen macht erst die auf übergeordneten politischen Ebenen beschlossene baurechtliche Privilegierung die erneuerbaren Energieprojekte diskutabel. In beiden Windfällen löst die Flächenausschreibung durch Landeseinrichtungen eine kommunale Diskussion um Windkraft aus. Eine weitere Parallele ist, dass die Gegner des Anlagenbaus Unterstützung aus politischen Institutionen, die der kommunalen Ebene übergeordnet sind, hinzuziehen.

Unterschiede bestehen in der Größe der Kommunen, den relevanten Akteurkonstellationen, den Gruppendynamiken und den Legitimationsstrukturen der kommunalen Entscheidungen. In den beiden Fallstudien, in denen die Entscheidungen als Resultat einer Alt- und Neubürgerfiguration verstanden werden können, gab es jeweils eine Gruppierung, die sich für den Anlagenbau einsetzte. Es zeichneten sich deutliche Konfliktlinien zwischen Befürwortern des Anlagenbaus und Altbürgern versus Gegnern des Anlagenbaus und Neubürgern ab. Dagegen engagieren sich in der vorliegenden Fallstudie zwei disparate Initiativen für den Bau von WEA. Zwischen den Initiativen scheint eine gewisse Konkurrenz zu bestehen. Die Gegner kommen sowohl aus der Kernstadt als auch den Teilorten, organisieren sich aber nicht übergreifend. Der Initiator aus der Höhengemeinde, zentrale Akteure der Bürgerenergiegenossenschaft und Standortgegner können als Neubürger klassifiziert werden. Damit zeigt die Akteurkonstellation, dass die kommunalen Entscheidungen kaum als Resultat einer vorteilhafteren Position von Altbürgern verstanden werden können.

Ein weiterer Unterschied zwischen den Fällen besteht in der Organisation der Gegner des Anlagenbaus. Im einen Windfall gab es eine Gruppierung von Gegnern, die kaum Einfluss nehmen konnte (Fettke & Härdtlein 2016). Im Biogasfall fusionierten die Mitglieder zweier ehemals getrennter Gruppierungen und setzten sich als neue Kommunalpartei gegen den Anlagenbau ein (Fettke & Härdtlein 2015). Im vorliegenden Fall kommt der Gegenwind aus einer dezidiert für den Protest gegründeten Interessengemeinschaft. Es kommt auch Protest aus anderen Reihen gegen einzelne Vorhaben. Die Gegner des Anlagenbaus schließen sich nicht übergreifend zusammen.

In den beiden Fallstudien mit der klassischen Alt- und Neubürgerkonstellation begrüßten die Altbürger die kommunalen Entscheidungen zu Windkraft. Die Neubürger lehnten die Entscheidungen ab. Im vorliegenden Fall sieht der Initiator aus der Höhengemeinde die Entscheidungen zu Windkraft als illegitim an, weswegen er rechtlich gegen sie vorgeht. Auch die im Stadtrat sitzenden Mitglieder der Bürgerenergiegenossenschaft legten Einspruch gegen die Gestaltung der kommunalen Flächennutzungsplanung ein. Der vorliegende Fall zeigt weder einen übergreifenden Zusammenschluss der Befürworter noch der Gegner des Anlagenbaus.

4 Akteurkonstellation des Politikfelds

Die Analyse der Akteurkonstellation des Politikfelds erfolgt auf Basis von Erkenntnissen der Community Studies sowie des empirisch erhobenen Wissens über die Positionierung der Beteiligten in der kommunalen Diskussion um Windkraft.

Nach dem reputativen Ansatz wird die berufliche Position der Akteure des Politikfelds berücksichtigt. Weitere Komponenten des sozialen Status wie Bildung oder Einkommen

wurden aus erhebungstaktischen Gründen nicht explizit erfragt.⁸ Der pluralistische Ansatz wird über die kommunalpolitischen Kompetenzen eines Akteur sowie seine Position in kommunalen Gremien und Gemeinderatsfraktionen operationalisiert. Lokale Organisationen und Vereinigungen, die der Social-Activity-Ansatz prominent herausstellt, wurden in den Interviews nicht erwähnt. Auch die Landesstatistiken der beiden Kommunen zeigten in dieser Hinsicht keine prae hoc auffallenden Diskrepanzen in der Bevölkerung. Der Großteil der Bürger gehört einer christlichen Großkirche an oder ist konfessionslos. Auch lassen sich keine Hinweise auf ethnische Unterschiede finden. Die vom Etablierten-Außenseiter-Ansatz inspirierte Vermutung antagonistischer Gruppendynamiken zwischen sozialstrukturell ähnlichen Gruppierungen wird über das soziologische Alter der jeweiligen Gruppierung und die Berücksichtigung des Wohnorts in die Untersuchung aufgenommen (Tab. 2).

In der Tabelle sind die Fürsprecher des Projekts des Initiators aus der Höhengemeinde hellblau gekennzeichnet. Die Befürworter des Windvorhabens der Bürgerenergiegenossenschaft sind in dunklerem Blau markiert. Die gelben Zeilen beinhalten Akteure, die sich oppositionell zu Windkraft geäußert haben. Weiße Zeilen bedeuten, dass für die Akteure ohne weitere empirische Informationen keine dezidierte Positionierung ausgemacht werden kann. Die externen Windkraftinteressenten, die ihre Vorhaben vor Ort aufgaben, bleiben in der Analyse unberücksichtigt.

Die Gegenüberstellung zeigt, dass die Windkraftgegner und -befürworter unterschiedlichen Zugang zum Stadtrat haben. Für die „Zukunft für die Stadt“ sitzen drei Mitglieder der Bürgerenergiegenossenschaft im Stadtrat, die sich für Windkraft aussprechen. Die Fraktion der Höhengemeinden bezieht keine dezidierte Position zu Windkraft. Allerdings soll der Unternehmer für Verpackungstechnik die Höhengemeinde, aus der die Fraktion stammt, finanziell unterstützen. Das Vorhaben des Initiators aus der Höhengemeinde hat in den Ortschaftsratsmitgliedern der betroffenen Höhengemeinde Fürsprecher mit Rederecht. Die Standortgegner verfügen über die Unterstützung eines Mitglieds im Ortschaftsrat einer Talgemeinde. Die Interessengemeinschaft steht zudem in engem Kontakt zu dem Getränkeproduzenten, der den vierten Stadtratssitz der „Zukunft für die Stadt“ innehat und sich öffentlich gegen Windkraft vor Ort ausspricht.

Übergreifend bestätigt sich, dass das Thema Windkraft die Fraktionen spaltet. Allerdings zeichnen sich Koalitionen definierbarer Gruppierungen ab. Der Initiator aus der Höhengemeinde stand in persönlichem Kontakt zum ehemaligen Bürgermeister, der sich bezüglich Windkraft für die Gültigkeit des Baurechts einsetzte. Die im

⁸ Bei einer qualitativen Herangehensweise soll die persönliche Interaktion zwischen Forscher und Befragtem ein Vertrauensverhältnis schaffen. Auch um etwaige zukünftige Rückfragemöglichkeiten offen zu halten, wurde darauf verzichtet, den Befragten gegebenenfalls als unangemessen empfundene Fragen wie die Einkommensfrage zu stellen. Darüber hinaus erlaubt die berufliche Tätigkeit eine informierte Schätzung der fehlenden Statuskomponenten.

Stadtrat verbliebenen SPD-Mitglieder mieden die Veranstaltungen der Standortgegner und treten als Befürworter von Windkraft auf. Die Bürgerenergiegenossenschaft hat Mitgliederüberschneidungen zur „Zukunft für die Stadt“. Der CDU-Stadtverband positionierte sich gegen Windkraft. Er und der Getränkeproduzent stehen in Verbindung mit der Gruppierung der Standortgegner. Der sich ebenfalls öffentlich gegen Windkraft aussprechende Unternehmer für Verpackungstechnik pflegt enge Kontakte zur Fraktion aus der Höhengemeinde. Die berufliche Position als Proxyvariable für sozialstrukturelle Unterschiede zeigt in erster Linie das politische Engagement von Personen höherer Bildung auf, liefert aber keine weiteren Erkenntnisse.

Tabelle 2: Akteurkonstellation des Politikfelds

	Position im Stadtrat	Fraktionszugehörigkeit	Berufliche Position	Wohnort	Soziologisches Alter
Stellvertretender Bürgermeister	Stimmrecht	FWV/CDU	Filialleiter einer Bank	Kernstadt	Altbürger
Gründungsmitglied der Bürgerenergiegenossenschaft	Stimmrecht	ZfS	Ehemaliger Ingenieur in einem IT- und Beratungsunternehmen	Kernstadt	Neubürger
Fraktionssprecher der ZfS	Stimmrecht	ZfS	Priester	Kernstadt	Neubürger
Waldbesitzer	/	/	Freiberuflicher Forstwirt	Talgemeinde	Altbürger
Waldbesitzer	/	/	Freiberuflicher Landschaftsarchitekt	Talgemeinde	Neubürger
Ehemaliger Bürgermeister	Stimmrecht	SPD	Verwaltungsangestellter	Kernstadt	Neubürger
Ortsvorsteherin einer Höhengemeinde (Fläche östlich zur Kernstadt)	Rederecht	SPD	Angestellte Pädagogin	Höhengemeinde	Neubürgerin
Initiator aus der Höhengemeinde	/	SPD	Freiberuflicher Pädagoge	Höhengemeinde	Neubürger
Amtierender Bürgermeister	Stimmrecht	/	Verwaltungsangestellter	Kernstadt	Altbürger
Ortsvorsteher einer Talgemeinde (Fläche nördlich zur Kernstadt) und Mitglied der Standortgegner	Rederecht	SPD	Pensioniert*	Talgemeinde	Altbürger
Ortsvorsteher einer Talgemeinde (Flächen nördlich und nordwestlich zur Kernstadt)	Stimmrecht	FWV/CDU	Leiter eines Zuchtbetriebs	Talgemeinde	Assim. Altbürger**
Getränkeproduzent	Stimmrecht	ZfS	CEO	Kernstadt	Altbürger
Unternehmer für Verpackungstechnik	/	UBL	CEO	Höhengemeinde	Altbürger
Sprecher der Standortgegner	/	CDU	Angestellter Ingenieur in der Automobilindustrie	Kernstadt	Neubürger
Sprecher der Standortgegner	/	/	Freiberuflicher Architekt	Nachbarort	Altbürger

* Frühere berufliche Position unbekannt; ** Aufgrund des Engagements für die lokale Gemeinschaft, der Einbettung in lokale Netzwerke und Vereinigungen sowie der Wahl zum Ortsvorsteher der eher dörflichen Gemeinschaft wird von einer Assimilation ausgegangen (Vidich & Bensman 1958: 282).

Die Tabelle illustriert, dass die Gegner des Anlagenbaus aus allen Wohnorten kommen. In der Kernstadt und den Talgemeinden leben Befürworter des Projekts der Bürgerenergiegenossenschaft. Alt- und Neubürger engagieren sich in allen Lagern. Für das Projekt des Initiators aus der Höhengemeinde setzten sich Neubürger aus Höhengemeinden ein.

Insgesamt liefert die Akteurkonstellation Hinweise auf zwei Konfliktlinien. Erstens klingen Ressentiments zwischen den Bewohnern der verschiedenen Wohnorte an. Sie sind im Stadtrat über separate Fraktionen vertreten. Tendenziell treten sie für unterschiedliche Windvorhaben ein. Auch verbünden sich die Gegner aus unterschiedlichen Wohnorten nicht. Allerdings enthält die Fallgeschichte auch Anhaltspunkte gegen die Direktive derartiger Antagonismen zwischen und innerhalb von Teilorten und Kernstadt. Zweitens scheint in der gegenwärtigen Besetzung des Stadtrats die Zahl derer, die sich gegen die Politik des ehemaligen Bürgermeisters einsetzten, zu überwiegen. Hier gibt es in der Fallgeschichte Evidenz für eine Außenseiterposition der SPD.

5 Gruppendynamiken und kommunale Entscheidungen

Der Diskurs um Windkraft produziert und manifestiert die endogenen Überzeugungssysteme hinter der Akteurkonstellation des Politikfelds. Seine Analyse gibt Aufschluss über die Wahrnehmungen der kommunalpolitisch aktiven Akteure hinsichtlich relevanter Akteurkonstellation und deren Einfluss auf kommunale Entscheidungen. Unter der Annahme, dass die jeweiligen Perzeptionen grundlegend für die kommunalen Entscheidungen und ihre Legitimation sind, interessieren besonders die zugrundeliegenden Argumentationsstrukturen sowie die Rolle von Gruppendynamiken.

Nach Gotsbacher (2000) können über die teilnehmende Beobachtung⁹ an Alltagsgesprächen bewusste und unbewusste Deutungscluster der Gruppenperzeption über wiederkehrende sprachliche Muster soziolinguistisch untersucht werden. Analysiert werden dabei alle lexikalischen, phonetischen und prosodischen Signale, die Aufschluss über die Fremd- und Selbstbilder von Etablierten und Außenseitern liefern (ebd.: 300). Die daraus entstehenden Diskurse transportieren soziales Alltagswissen und geben Aufschluss über gruppenspezifische Handlungsorientierungen (Gotsbacher 2007: 47f.).

Die nachfolgende Analyse konzentriert sich auf die auf Selbst- und Fremdbildern basierende Legitimation kommunaler Entscheidungen, welche aus den narrativen Passagen der Interviews rekonstruiert wird. Die Analyse der lokalen Wissensordnungen orientiert sich in der Datenauswertung an der wissenssoziologischen Diskursanalyse (Keller 2001). Das Diskursfeld, das in der Kommune um die widerstreitenden Positionen zu Windkraft

⁹ Da die untersuchten Konfliktfälle zwischen Alteingesessenen und Zuwanderern selbst nicht beobachtbar bzw. nur post-hoc und rekonstruktiv erfassbar waren, wird auch auf Interviews zurückgegriffen (Gotsbacher 2007: 301ff.)

entsteht, wird von um Deutungsmacht ringenden Gruppierungen sozialer Akteure konstituiert. Als Pragmatik mittlerer Reichweite inkludiert und adressiert der Diskurs mit der kommunalen Bevölkerung eine abgrenzbare Teilöffentlichkeit. Die Problemdefinitionen, Selbst- und Fremdbeschreibungen und identifizierten Problemlösungen der Akteure liefern Anhaltspunkte für ihre Klassifikation und Koalitionen zur Durchsetzung ihrer Deutungsmuster. Aussagen über die Deutungsmuster der Akteure und die darin eingeschlossenen Legitimationsstrukturen können über die von ihnen identifizierten Problemursachen und dem zugehörigen Handlungsbedarf getroffen werden. Die methodische Vorgehensweise folgt der sequentiellen Kodierstrategie der Grounded Theory (Keller 2011: 251). Zur näheren Analyse der Rolle von Gruppendynamiken werden im Folgenden die auf Gruppierungen unterschiedlicher Wohnorte und die Bedeutung der Stadtratsfraktionen verweisenden Argumentationsmuster näher beleuchtet. Die Kontrastierung der Legitimation kommunaler Entscheidungen mit deren tatsächlichem Inhalt ermöglicht schließlich Rückschlüsse auf die Rolle der Gruppendynamiken für die Machteffekte der Diskurse.

5.1 Gruppierungen unterschiedlicher Wohnorte

Alle Befragten aus Höhen- und Talgemeinden bewerten das ehrenamtliche Engagement und die lokale Gemeinschaft in den immer noch ländlich geprägten Teilorten als stärker ausgeprägt als in der Kernstadt. Traditionell gäbe es zwischen Kernstadt und Teilorten Konkurrenz um kommunale Ressourcen. Ausschlaggebend hierfür sei, dass die Kernstadt über nur wenige industrielle Gewerbeflächen verfügt, was die Teilorte wirtschaftlich bedeutend macht. Bewohner der Höhengemeinden kritisieren, „wir finanzieren [die Stadt], aber wir bekommen nichts.“ Bürger aus den Höhengemeinden legitimieren ihre Anspruchshaltung mit den höheren Steuereinnahmen aus ihren Teilorten. Damit würden „theoretisch die gesamten Personalkosten der Stadt bezahlt.“ Tatsächlich würden aus ihrer Perspektive in den Höhengemeinden kommunale Ressourcen für soziale Einrichtungen ungerechtfertigter Weise eingespart. „Wenn wir die Statistik anschauen, dann sehen wir schon, dass die Kinderzahlen in der Kernstadt viel schneller brechen als oben auf der Höhe. [...] Und deswegen war auch dann die Argumentation warum soll man uns, in Anführungsstrichen, was wegnehmen, ihr habt doch da unten, wieder da unten, ihr habt ja eigentlich das Problem, warum sollen wir dann unsere Kinder in den Kindergarten nach unten bringen, auf dass er oben geschlossen werden könnte.“

Die Ortsvorsteherin aus der Höhengemeinde, in der der Initiator aus einer anderen Höhengemeinde eine WEA plant, gibt sich gegenüber Windkraft aufgrund der Präsenz von Anlagen im Blickfeld ihrer Höhengemeinde positiv: „[...] wenn ich jetzt auf meiner Gemarkung noch ein Stück weiterfahre und mich einmal um 360 Grad drehe, ich kann annähernd 20 Windräder zählen. Ich sehe das zwar, aber ich habe das irgendwie in mein Bild halt aufgenommen.“ Vor diesem Hintergrund glaubt der

Initiator sein Vorhaben durch die Bewohner der Höhengemeinden unterstützt. „Wir haben auch in den Höhentälern, sagt man, Kräfte, die das stark befürworten die Windenergie, weil man sie einfach kennt. Wenn Sie hier durch Landschaft schauen, sehen Sie bis zu 40 Windräder. Das werden die Menschen im Tal nie sehen. [...] Und es gibt viele Menschen, die in Tallagen wohnen, die sagen, wozu muss ich mir da am Berg ein Windrad anschauen, ist ja furchtbar.“ Der geographisch ausgedehntere Horizont in den Höhengemeinden manifestiert sich „im Geist“ der Bewohner. Die Argumentation des Initiators aus der Höhengemeinde verknüpft das Gruppencharisma mit der Haltung zu Windkraft.

Bewohner aus der Kernstadt vertreten die komplementäre Perspektive auf die scheinbar mit einem Landschaftsbild verknüpfte Gruppenzugehörigkeit. Mitglieder der in der Interessengemeinschaft organisierten Standortgegner sehen das Stadtgebiet kulturell, landschaftlich und forstökologisch ungeeignet für die Windkraftnutzung. „Und dann gibt es die kleinen Seitentäler und egal wo sie sind, ob sie jetzt von Süden nach Norden oder von Osten nach Westen fahren, sie sehen die immer in Bezug zur Stadt. Also die historische Stadt, und da kann man keine Windkraft im Vordergrund sehen. Dass man die braucht ist keine Frage, aber die Standorte sind hier falsch gewählt.“ „Ein paar Bürger“ würden von lokalen WEA profitieren, die „dann ein bisschen beteiligt [sind], vielleicht mit ein paar hundert Tausend maximal Euro“. Der Kontext der Argumentation verdeutlicht, dass die Möglichkeit lokaler Wertschöpfung und Bürgerbeteiligung als unverhältnismäßig in Relation zu den negativen kulturellen und wirtschaftlichen Auswirkungen eines Anlagenbaus gesehen wird. Der Fraktionssprecher der „Zukunft für die Stadt“, ein Mitglied der Bürgerenergiegenossenschaft, führt dieselben Argumente an. Auch er sieht es als „großes Problem“, dass „man lange keinen Flächennutzungsplan erstellt hat, also über Jahre nicht. Das im Grunde wegen den Kosten hinausgeschoben hat oder sich verweigert hat und erst als jetzt, im Grunde in zentraler Lage“ eine WEA errichtet werden soll, die Planung eingeleitet wird. Der Fraktionssprecher hat seinen Wohn- und Arbeitsort inmitten der Kernstadt, was indiziert, dass er mit dem Vorhaben in zentraler Lage die von der Kernstadt aus sichtbare und vom Initiator aus der Höhengemeinde geplante WEA meint. Das Wissen, dass im Stadtgebiet bereits WEA existieren, die aber nur von den Höhengemeinden aus sichtbar sind, rückt das Augenmerk auf die Betonung des nun vorhandenen Handlungsbedarfs. Laut dem Fraktionssprecher würde die WEA des Initiators „den Kernort natürlich sehr beeinträchtigen“. Profitieren würden lediglich „ein Privater und große Investoren“. Aus der Fallgeschichte geht hervor, dass der Stadtrat zu dem Zeitpunkt, als die Planungen des Initiators aus der Höhengemeinde publik wurden, bereits das Vorhaben der Bürgerenergiegenossenschaft diskutierte. Die Hervorhebung des Handlungsbedarfs durch WEA in zentraler Lage erweckt den Eindruck, als habe aus Perspektive des Fraktionssprechers das von der Kernstadt aus weniger ersichtliche Vorhaben der Bürgerenergiegenossenschaft keinen Anlass für die Einleitung einer Flächennutzungsplanung geboten.

Auch für die Bewohner der Kernstadt zeichnet sich ihre Gruppierung durch eine relative Besserstellung aus. Sie beschreiben sich selbst als „Städter, ich bin von der Stadt“. Bewohner der Höhengemeinden würden mit der Redewendung, „wir gehen ins Städtchen hinunter“ den Status anerkennen. Die relative Neuheit des Stadtrechts und der Wohlstand der Kommune in der jüngeren Vergangenheit würden den gegenwärtigen Fortbestand des städtischen Charismas bewirken. „[Der Stadt] ging es vor 30 Jahren relativ gut. Hier gibt es mehrere ältere, alte Leute, die noch, wissen Sie von damals, wenn sie ein Geschäft hatten oder so, die schon noch Geld haben. Aber das sind die Alten oder ein paar, die ganz gut situiert sind. Aber das hat sich sehr, sehr stark geändert. Indem eben was weiß ich wie viele Geschäfte zugemacht haben und natürlich, ich habe ja gesagt, dadurch, dass dann eben viele Arbeitsplätze auch wegfielen, siehts hier nochmal anders aus inzwischen.“ In der Konkurrenz um kommunale Ressourcen entstehe unter den Bewohnern der Kernstadt oft der Eindruck „man buttert jetzt alles da oben rein“. Faktisch wollten die Teilorte auch „für sich selber sorgen, wollen auch schauen, dass vieles gut ist und in Ordnung ist“. So sei es seitens der Stadt legitim, zu sagen, „wir machen da nichts“.

Die Deutungsmuster der Akteure illustrieren einen Antagonismus zwischen Gruppierungen unterschiedlicher Wohnorte. Dabei scheint die Stigmatisierung besonders von Bewohnern der Teilorte mit negativen Stereotypen betrieben zu werden. Zudem haben die Bewohner der Stadt unterschiedliche Landschaftsbilder, die mit der räumlichen Präsenz von WEA zusammenhängen. Aufgrund der Sichtbarkeit von WEA in Höhengemeinden werden die Bewohner der Kernstadt als Windkraftgegner typisiert.

5.2 Koalitionen von Stadtratsfraktionen

Laut dem Initiator aus der Höhengemeinde gehe der Widerstand gegen sein Vorhaben vom „größten Steuerzahler der Stadt“, dem Unternehmer für Verpackungstechnik, aus. Wenn dieser „es nicht aushält in einer Entfernung von 1,8 km ein Windrad zu sehen, wird das kommunalpolitisch und kreispolitisch zu einem Problem.“ Die Einschätzung deckt sich mit der der ebenfalls der SPD-angehörigen Ortsvorsteherin der Höhengemeinde, nach der es „so heimliche Hintermänner gibt, die nicht am Ratstisch sitzen, aber deren Meinung doch bitte zu berücksichtigen sei.“ Zu den Veranstaltungen gegen Windkraft habe der Unternehmer „[...] den gesamten Stadtrat eingeladen und gesagt, warum er es nicht haben will. Die SPD-Fraktion hat das boykottiert, hat aber nicht die Mehrheit im Stadtrat. Bürgerliche Parteien sind dahingegangen und sind halt jetzt so eingeknickt.“ Darüber habe der Initiator den Stadtrat in seiner Stellungnahme informiert. In Kenntnis der Änderung der Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat in der Kommunalwahl 2014 (Tab. 1) und der Fraktionsprovenienz des Bürgermeisters erscheint es bezeichnend, dass der Initiator nur den ehemaligen Bürgermeister als „kompetenten Fachmann“ sieht. Mit ihm habe man reden können.

Heute sieht sich der Initiator nicht mehr über kommunale Entscheidungen in Kenntnis gesetzt. „[...] niemand hat gesagt, welcher Bauantrag zur Sprache kommt. Könnte ja auch ein neuer sein. [...] Das heißt, ich wurde gar nicht darüber informiert“. Der kommunalpolitische Stellenwert, der dem „größten Steuerzahler“ zugemessen wird, wird durch die von allen Akteuren des Politikfelds thematisierte klamme Haushaltslage der Kommune hervorgehoben. Das wirft neues Licht auf die Blockade der von dem Unternehmer lancierten Veranstaltungen gegen Windkraft durch die SPD.

Auch die anderen Akteure des Politikfelds sehen eine Veränderung der Koalitionslage im Stadtrat. Vor der Kommunalwahl habe es ein [den ehemaligen Bürgermeister umgebendes] Lager und „ein allgemeines Lager“ gegeben. Die Gruppierung um den ehemaligen Bürgermeister von „der politischen SPD“ habe gefordert „Wir wollen Windkraft, wir wollen ja keine Atomkraftwerke mehr.“ Die andere Gruppierung um die FWV/CDU habe sich eher gefragt, „wollen wir denn Atomkraft weiterhin?“ Der ehemalige Bürgermeister habe die politische Linie verfolgt, Windkraftvorhaben baurechtlich zu rahmen und keine Flächennutzungsplanung zu verfolgen. Unter Gültigkeit des Baurechts beantragte der Initiator aus der Höhengemeinde die immissionsschutzrechtliche Genehmigung seines Vorhabens und auch weitere Investoren bekundeten Interesse. Die damit vorliegende Privilegierung der Windvorhaben stieß auf Kritik. Die „Zukunft für die Stadt“ habe „die Entwicklung für [die Stadt] beim letzten Bürgermeister halt ziemlich problematisch“ gefunden. Das hat auch was mit dem ehemaligen Bürgermeister zu tun, zu sagen, dann gibt man etwas Geld aus, aber dann hat man hier Klarheit.“ Als Reaktion gründete sich die „Zukunft für die Stadt“: „[...] haben wir uns, wir sind vier Leute, also der [Getränkproduzent], dann der ehemalige Bauunternehmer, ein ehemaliger Autohausbesitzer und ich, haben uns zusammen, bzw. mit noch ein paar anderen zusammengetan und gesagt, wir machen eine eigene Liste.“ Ihre Forderung der Flächennutzungsplanung sei von Angst vor „Umzingelung“ durch WEA inspiriert.

Auch die Standortgegner geben dem ehemaligen Bürgermeister die Verantwortung für die unterlassene Flächennutzungsplanung. „Also man hat 2012 schon, hat der Gemeinderat für einen Flächennutzungsplan zugestimmt, dann hat der [ehemalige Bürgermeister] das dann wieder umgewendet“. Er sei schuld daran gewesen, dass die Planungen des Initiators aus der Höhengemeinde lange Zeit nicht im Stadtrat diskutiert worden seien. „Nein, das war verdeckt, ganz verdeckt beim [ehemaligen Bürgermeister]. Er hat ja nichts nach außen gelassen. Und vor allem war er nicht verlässlich in seinen Aussagen.“ Unter anderem durch die Neubesetzung der politischen Ämter nach der Wahl habe sich „die Position dann für uns eigentlich rauskristallisiert.“

Aus Perspektive der Ortsvorsteherin der Höhengemeinde habe sich die „Zukunft für die Stadt“ mit dem Ziel aufgestellt, „[...] der Bürgermeister, der im Amt ist, den wollen wir nicht mehr und wir setzen alles dran, dass er dann auch nicht gewählt wird.“ Dem ehemaligen Bürgermeister sei vorgeworfen worden, Informationen zu

unterschlagen, worauf dieser nicht diplomatisch und besonnen reagiert habe. Der Konflikt sei zu einem Machtkampf mit dem Stadtrat ausgeartet, der laut dem SPD-angehörigen Ortsvorsteher aus einer Talgemeinde „Publikum“ aus anderen Gemeinden zu Unterhaltungszwecken an Ratssitzungen teilnehmen ließ. Laut dem Initiator aus der Höhengemeinde habe in dem Konflikt „eine Mehrheit gegen eine Einzelperson“ gestanden. Gegen den ehemaligen Bürgermeister sei intrigiert worden. „Man schimpft, weil es modern ist und weil die Contra-Leute bei den Medien immer so gut ankommen.“ Es sei typisch für die heutige Zeit, dass „die Verführer Auftrieb“ bekommen. Laut der Ortsvorsteherin habe die Presse „lange Zeit sicherlich auch dran verdient.“ Der Initiator aus der Höhengemeinde verbindet die von ihm wahrgenommene Nichtinformation seitens der Stadt mit seiner SPD-Affiliation: „[...] vielleicht unterstütze ich die SPD zu stark“. Die Auseinandersetzungen um den ehemaligen Bürgermeister hätten auf die SPD-Fraktion „abgefärbt“.

In der gegenwärtigen Kommunalpolitik spiele die SPD nach Einschätzung des Fraktionssprechers der „Zukunft für die Stadt“ „[...] im Grunde keine große Rolle mehr“. Der stellvertretende Bürgermeister bestätigt den Legitimitätsverlust der Partei. „Wo bei einer SPD eigentlich noch die grundsätzlichen Ideen von früher tatsächlich eine Rolle spielen. Also so, wie man als Arbeiter und Arbeitnehmerpartei, muss man sich schon manchmal fragen, ist das SPD noch?“. Nach dem Fraktionssprecher der „Zukunft für die Stadt“ sei das Abstimmungsverhalten im Stadtrat gut einschätzbar. Da die FWV/CDU-Fraktion aus „Individualisten“ bestünde, die „auch nie gemeinsam abstimmen, das ist wie würfeln.“, sei die „Zukunft für die Stadt“ „mit der [Fraktion der Höhengemeinden] zusammen am besten, weil das heißt, wir und die sind sieben, bei 19 mit dem Bürgermeister, dann können sie ausrechnen, da braucht man noch zwei oder drei von den anderen, dann bekommen sie was durch“.

Die Argumentationsmuster zeigen, dass die Kommunalwahlen von 2014 und 2016 nur einen Stimmverlust der SPD, den Gremiumseinzug der dezidiert dazu aufgestellten Gegenfraktion „Zukunft für die Stadt“ und die Neubesetzung des Bürgermeisteramts zur Folge hatten, sondern auch einen Umschwung im kommunalpolitischen Stimmungsbild institutionalisierten. Die SPD und die von ihr vertretene Windkraftpolitik erfuhren einen Popularitätswandel. Die Interessenlagen und das Kooperationsverhalten im heutigen Stadtrat erlauben die Prognose, dass die von der Bürgerenergiegenossenschaft anvisierten Flächen die größte Chance auf eine Eignungseinstufung in der Flächennutzungsplanung haben.

5.3 Legitimation kommunaler Entscheidungen

Alle Windkraftbefürworter argumentieren mit der Notwendigkeit eines lokalen Beitrags zur Energiewende. Örtliche Windmessungen hätten eine höhere Windhöffigkeit gezeigt, als der Windatlas angebe. Der stellvertretende Bürgermeister habe nichts

„gegen Windkraft einzuwenden“, wenn die Gutachten eine lokale Eignung ergäben. Die aktuell erfolgende Ausweisung eines Flächennutzungsplans sei nötig, da „[...] plötzlich Flächen in den Raum gestellt wurden, die uns eigentlich nicht gepasst haben und von der Bevölkerung auch Widerstand kam“.

Der Initiator aus der Höhengemeinde hält die kommunalen Entscheidungen des Ein- und Ausstiegs in die Flächennutzungsplanung zu Windkraft für „logisch nicht mehr erklärbar“. Die Eignungseinstufung der Fläche nördlich der Kernstadt sei nicht tragbar, da „die Bevölkerung und die politischen Entscheidungsträger diesen Standort ablehnen. Das heißt, es gibt Beschlussfassungen in den Ortschaftsräten [...], die sagen, wir wollen da keine Windenergie. Es gibt eine Forstbetriebsgemeinschaft, die sich aus den privaten Eigentümern zusammensetzt, die sagen, wir gestatten keine Zufahrt zu dem Standort. [...] Es ist rechtlich von großer Bedeutung, weil wenn in der Vorabnahme schon feststeht, dass der Standort nicht erschließbar ist, darf man ihn nicht ausweisen.“

Die Ortsvorsteherin der Höhengemeinde, in der WEA geplant sind, sieht das Projektierungsinteresse in Folge der Absenz einer Flächennutzungsplanung als legal an. Die Einleitung der Planung sei ein Schritt, der aufgrund der Vielzahl an Windkraftinteressenten zur Erhaltung der kommunalen Steuerungsmöglichkeit getätigt wurde. Sie versteht die Zurückstellung des Bauantrags des Initiators als Ergebnis unsteter politischer Entscheidungen und Machtkämpfe.

Für den Mitbegründer der Bürgerenergiegenossenschaft zeugen die kommunalen Beschlüsse der Flächennutzungsplanung von städtischem Widerwillen gegen das Vorhaben seiner Organisation auf der Fläche nördlich der Kernstadt. Die Genossenschaft habe als eine der ersten Interessenten die Stadt kontaktiert und frühzeitig Bürgerbeteiligung praktiziert. Von Seiten der Stadt seien stets neue Ausschreibungsdeklarationen für die anvisierten städtischen Flächen erfolgt. Schließlich habe sich die Erkenntnis verbreitet, „wir können uns eigentlich dieser ganzen Windkraft, fürchterliche Wörter sind gefallen, dieser ganzen Windkraftorgie, können wir uns eigentlich nur noch erwehren, indem wir den Flächennutzungsplan wiederaufleben lassen.“ Erschwert worden sei das Prozedere durch die überraschende Bekanntgabe des Vorhabens des Initiators aus der Höhengemeinde. „Plötzlich tauchte also in einer Gemeinderatssitzung, tauchte also der [Initiator] auf und hat ein Windrad, EIN WINDRAD, auf dem [Berg der dort gelegenen Höhengemeinde] gezeigt in der Visualisierung. Und das war so, dass wenn man in der Stadtmitte steht beim Rathaus und schaut zum [Berg der dort gelegenen Höhengemeinde], stand da genau das Windrad. Und das war in dieser Gemeinderatssitzung, war das sowas wie ein Schreck. Auf jeden Fall hat sich daraufhin dann eine Gruppierung gebildet, die gab es schon vorher, aber nach diesem Bild in der Gemeinderatssitzung hat die sich noch viel stärker im Recht gefühlt, sich gegen die Windkraft zu stellen.“ Die Gruppierung habe daraufhin „die Trommel gerührt gegen Windkraft insgesamt“.

Auch die Waldbesitzer schreiben das Aufkommen des lokalen Widerstands dem Vorhaben des Initiators aus der Höhengemeinde zu. Die von ihm geplante WEA hätte eine zu starke optische Präsenz im besiedelten Gebiet. Die Waldbesitzer befürchten eine „Verhinderungsplanung“ durch die Stadt, da der gegenwärtige Planungsstand Flächen im Besitz bekennender Windkraftgegner ausweise.

Die Standortgegner erkennen ebenfalls eine Unumgänglichkeit der kommunalen Flächennutzungsplanung an. Die Fläche, mit der der Initiator aus der Höhengemeinde kalkuliere, sei in der Planung „gar nicht erwähnt“. „Weil das von der Windhäufigkeit nicht im Windatlas ausreichend Wind hat. Aber der das plant, der hat wie gesagt ein paar Kilometer weiter schon ein Windrad. Dann sagt er ich bin zufrieden mit meiner Wirtschaftlichkeit bei diesem Windrad und warum soll ich da vorne, wo es vielleicht noch besser ist, nicht auch eines hinbauen dürfen?“ Aufgrund seines beruflichen Hintergrunds verstehe der Initiator „nichts von der Sache, aber der hat sich jetzt da rein gearbeitet und wie gesagt, der betreibt schon einen kleinen Ökopark“. Das beschreibt das Vorhaben des Initiators als illegitimes Projekt eines Investors. Dagegen sei das Vorhaben der Bürgerenergiegenossenschaft im aktuellen Stand des Teilflächennutzungsplans berücksichtigt. Es gebe „noch ein paar Handicaps“, an denen es scheitern könne.

Die Ortsvorsteher der Talgemeinden sprechen sich aufgrund von landschaftlichen, artenschutzrechtlichen und gesundheitlichen Bedenken gegen Windkraft im Stadtgebiet aus. Mit der Aufhebung der Schutzzone um das seismologische Institut seien Windkraftinteressenten aufgetreten, die wie „Raubvögel [...] auf uns hereinfallen“. Befürworter hätte die Windkraft auch in den Talgemeinden gefunden, da „drei Waldbesitzer, [...] praktisch durch die Windräder in den Genuss“ von Flächenpacht kämen. Obwohl in einer Talgemeinde zwei Drittel der Privathaushalte über eigene Wasserversorgungsinstallationen von lokalen Bedingungen abhängig wären, würde lokaler Widerstand ausbleiben. „[...] von der alteingesessenen Bevölkerung kennt ja im Grunde fast jeder jeden und da will man eben nach außen nicht die Konfrontation mit dem Anderen.“ Auch würden in den Talgemeinden viele indifferente Neubürger leben, denen das „so schwäbisch gesagt, am Arsch vorbei“ geht. Viele würden denken, „[...] der Strom kommt aus der Steckdose. Und dann bei vielen heißt es ja vom Atomstrom muss man weg und ,ich will mich da nicht einmischen oder so.“

Die Legitimationsstrukturen der Akteure des Politikfelds zeigen Diskurskoalitionen, die die kommunalen Entscheidungen des Einstiegs in die Flächennutzungsplanung und der Rückstellung des Bauantrags des Initiators aus der Höhengemeinde begründen. Übergreifende Einigkeit herrscht über die Auslösung des großen Projektierungsinteresses durch die nicht vollzogene Flächennutzungsplanung der Kommune. Die meisten Beteiligten positionieren sich gegen den früheren politischen Kurs zu Windkraft. Der Politik des ehemaligen Bürgermeisters schreiben die Standortgegner und die „Zukunft für die Stadt“ die Verantwortung für die fehlende Planung und das

„Einfallen der Raubvögel“ zu. Sie werten das Vorhaben des Initiators aus der Höhengemeinde als willkürliche Beeinträchtigung des Stadtbilds. Die Befürworter des Projekts der Bürgerenergiegenossenschaft nehmen das Vorhaben „in zentraler Lage“ sogar als Auslöser der Bürgerproteste wahr. SPD-affilierte Befürworter des früheren Kurses sprechen von einer opportunistischen Stimmungsmache gegen den ehemaligen Bürgermeister und sehen Auswirkungen auf die gegenwärtige Position der SPD sowie des Vorhabens des Initiators aus der Höhengemeinde.

Würde das Vorhaben der Bürgerenergiegenossenschaft planerisch ermöglicht, geschähe dies zuungunsten der Talgemeinden, von denen aus die Anlagen sichtbar wären. Die WEA des Initiators aus der Höhengemeinde wären auf einer Anhöhe über der Kernstadt errichtet worden. Der aktuelle Planungsstand scheint das Projekt der Bürgerenergiegenossenschaft zu ermöglichen und damit die Anliegen der Bewohner der Kernstadt zu begünstigen.

Somit lassen sich insgesamt Gruppendynamiken beobachten, die das Resultat einer Verschränkung von Konfliktlinien zwischen interdependenten Gruppierungen sind. Sie umfassen den lokalen Popularitätswandel der vormaligen SPD-Politik zu Windkraft, die Antagonismen zwischen Kernstadt und Teilorten sowie die verstreut auftretenden Hinweise auf die Relevanz des soziologischen Alters. Das Rückstellungsprozedere des Vorhabens des Initiators aus der Höhengemeinde kann als Machteffekt des Diskurses betrachtet werden.

6 Fazit

Der vorliegende Fall bestätigt einige Erkenntnisse des Etablierten-Außenseiter-Ansatzes und der in seiner Tradition erfolgten jüngeren Forschung. Das soziologische Gruppenalter hat trotz des großen Anteils an in das Stadtgebiet zugezogenen Personen eine gewisse Bedeutung für Gruppenperzeptionen. In den Talgemeinden bewirken die engen Beziehungen zwischen Altansässigen, dass keine Organisation gegen Windkraft stattfindet. Insgesamt fühlen sich die beteiligten Neubürger anfänglichen Akzeptanzproblemen ausgesetzt. Jedoch sehen sie sich in ihrem Engagement nicht langfristig exkludiert. Unter den Personen, die in die Stadt zugezogen sind, hegen einige den Anspruch, durch ihre Wohnortswahl Teil des politischen Lebens zu werden, andere werden im Politikfeld als diesbezüglich indifferent wahrgenommen. Die Forderung der Berücksichtigung überlegener Drittparteien der jüngeren Forschung zum Etablierten-Außenseiter-Ansatz wird durch die rahmensetzende Bedeutung der staatlichen Ebene für die lokalen Vorgänge bekräftigt.

Das soziologische Gruppenalter ist in der kommunalen Diskussion um Windkraft relativ bedeutungsarm. Andere Gruppenperzeptionen nehmen eine gewichtigere Rolle

ein. Die Fraktion der „Zukunft für die Stadt“, die mitunter aus Antagonismen zwischen den Bewohnern von Kernstadt und Teilorten entstand, nutzt die Stimmung, die der Unterlass der Flächennutzungsplanung durch das SPD-Regime erzeugt. In Folge des Mobilisierungserfolgs der neuen Fraktion gerät die SPD in eine Außenseiterposition. Da nach Elias die Exklusion einer Gruppe nicht in der menschlichen Natur, sondern in der Figuration begründet liegt, ist es bemerkenswert, dass es gegenwärtig Hinweise auf eine Aussöhnung der Stadtratsfraktionen, die die Gruppierungen unterschiedlicher Wohnorte vertreten, gibt. Eine Erklärungsmöglichkeit für die Versöhnung im Konflikt bietet Georg Simmel, nach dem die Vereinigung von Gruppen im gemeinsamen Konflikt mit einem anderen Kollektiv erfolgt.

Die Konfliktlinien der Figuration beeinflussen die Legitimation der kommunalen Entscheidungen zum Anlagenbau. Die bestehenden Unstimmigkeiten zwischen den Diskurskoalitionen verdeutlichen, dass die Koalitionsbedingungen aktuell ausgefochten werden. Von außerhalb der Diskurskoalition wird die Aushandlung der Inhalte als exklusive Angelegenheit wahrgenommen.

Die hier untersuchte Kommune zählt mehr Einwohner als die Orte der beiden Fallstudien, in denen die kommunalen Entscheidungen als Resultat einer Alt- und Neubürgerfiguration verstanden werden können. Die Annahme, dass die Relation zwischen Alt- und Neubürgern maßgeblich von ihrem quantitativen Verhältnis beeinflusst wird, rückt die Aufmerksamkeit auf die Wanderungsbewegungen der Kommunen. In der Fallstudie, in der sich die Altbürger durchsetzten und die Mobilisierung einer Opposition durch Neubürger erfolglos blieb, gleicht sich die äußerst geringe Zahl der Zu- und Fortzüge der Bevölkerung aus. Die Kommune, in der sich die Neubürger unter anderem mittels einer neuen Kommunalpartei politisch einbrachten, hat durch starke Zuwanderung stetig wachsende Bevölkerungszahlen. Für die hier untersuchte Kleinstadt prognostizieren Kalkulationen einen Bevölkerungsrückgang um 8 % bis 2030, obwohl mehr Personen zu- als fortziehen. Mit dem sinkenden Bestand an Altbürgern und der zunehmenden zahlenmäßigen Überlegenheit der Neubürger scheint die Bedeutung von auf Wohnheitsrechten basierenden Antagonismen zwischen Gruppierungen, wie sie Elias und Scotson beschreiben, zugunsten anderer Konfliktlinien abzunehmen. Das bekräftigt die Bedeutung der quantitativen Relation der Mitglieder der Gruppierungen für Machteffekte. Sicherlich spielen die dezentrale Siedlungsstruktur und die Tradiertheit einer gewissen Eigenständigkeit der Teilgemeinden eine erhebliche Rolle für die Entstehung der lokalen Figuration. Auch der Vorort, den Elias und Scotson untersuchten, bestand aus drei Teilen. Da Kleinstädte unterschiedliche Siedlungsstrukturen aufweisen (Hannemann 2005), sind für ein vertiefteres Verständnis der Bedeutung signifikanter Figurationen Gruppenprozesse in einer räumlich zentraler angelegten Kleinstadt zu untersuchen.

Mit der Positivausweisung der von der Bürgerenergiegenossenschaft beplanten Fläche würde dem Vorwurf einer Verhinderungsplanung seitens der Kommune entgegnet werden. Die Opposition der von dem Projekt räumlich betroffenen Talgemeinden würde aber ignoriert. Dass zudem Windkraftbefürworter und -gegner ihre wechselseitigen Entscheidungsgrundlagen bestreiten, macht eine umfassende Anerkennung von kommunalen Entscheidungen kaum möglich. Die Existenz der antagonistischen Wahrnehmungs- und Überzeugungssysteme, die die Gruppenperzeptionen spiegeln, stellt eine ernste Herausforderung für Projekte im kommunalen Bereich und die Energiewende dar.

Literatur

- Bachrach, Peter & Baratz, Morton S., 1962: Two Faces of Power. In: *The American Political Science Review* 56(4), 947–952.
- Beetz, Stephan, 2005: Migration. In: Beetz, Stephan, Brauer, Kai & Neu, Claudia (Hg.): *Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland*. Wiesbaden: Springer VS, 168–175.
- Blokland, Talja, 2003: *Urban Bonds. Social Relationships in an Inner City Neighbourhood*. Cambridge: Polity Press/Blackwell.
- Brauer, Kai, 2005: *Bowling together. Clan, Clique, Community und die Strukturprinzipien des Sozialkapitals*. Wiesbaden: Springer VS.
- Bundesverband WindEnergie (BWE), 2016: *Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2017) vom 08.07.2016*. https://www.wind-energie.de/sites/default/files/download/publication/das-erneuerbare-energien-gesetz-ee-2017-vom-08072016/20160921_bwe_informationspapier_eeg_2017_final.pdf, Abruf 20.02.2018.
- Dahl, Robert A., 1961: *Who governs? Democracy and power in an American city*. New Haven: Yale University Press.
- Dibbern, Sönke, 2011: *Windenergie im EEG 2012. Überblick über die Änderungen gegenüber dem EEG 2009*. https://www.clearingstelle-eeg-kwkg.de/files/10_Dibbern.pdf, Abruf 21.02.2018.
- Doreian, Patrick & Woodard, Katherine L., 1992: Fixed List versus Snowball Selection of Social Networks. In: *Social Science Research* 21, 216–233.
- Egert, Markus & Jedicke, Eckhard, 2001: Akzeptanz von Windenergieanlagen. Ergebnisse einer Anwohnerbefragung unter besonderer Berücksichtigung der Beeinflussung des Landschaftsbildes. In: *Naturschutz und Landschaftsplanung* 33(12), 373–381.
- Elias, Norbert & Scotson, John L., 1990: *Etablierte und Außenseiter*. Suhrkamp, Frankfurt/Main.
- Elias, Norbert, 1997: *Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen*. Frankfurt/Main: Suhrkamp,
- ENavi, 2018: Kopernikus-Projekt zur Systemintegration. <https://www.kopernikus-projekte.de/projekte/systemintegration>, Abruf 24.10.2017.
- Fachagentur Windenergie an Land (FA-Wind), 2015: *Steuerung der Windenergie im Außenbereich durch Flächennutzungsplan im Sinne des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB*. Berlin: Fachagentur Windenergie an Land.
- Fettke Ulrike & Härdtlein, Marlies, 2015: *Alte Strukturen und neue Wege - Eine Wärmeliefer-Contracting Fallstudie zu Herausforderungen und Erfolgsfaktoren im kommunalen Bereich*. LITRES Discussion Paper 2015-03.
- Fettke, Ulrike & Härdtlein, Marlies, 2016: *Bürgerwind als Reaktion. Eine Analyse von Herausforderungen und Erfolgsfaktoren eines Projekts in einer bayerischen Kommune*. LITRES Discussion Paper 2016-01.
- Freeman, Linton C., Ferraro, Thomas J., Blumberg, Warner Jr. & Sunshine, Morris H., 1962: *Metropolitan decision-making: further analyses from the Syracuse study of local community leadership*. Series of papers on adult education, 28. Syracuse University. University College.
- Freiheit, Manuela & Sutterlüty, Ferdinand, 2015: Wer war zuerst da? Zur Dynamik ethnischer Konflikte nach Norbert Elias und John L. Scotson: „Etablierte und Außenseiter“. In: Reuter, Julia & Mecheril, Paul (Hg.): *Schlüsselwerke der Migrationsforschung: Pionierstudien und Referenztheorien*. Wiesbaden: Springer VS, 231–244.
- Glaser, Barney G. & Strauss, Anselm L., 1998: *Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung*. Göttingen: Huber.
- Glock, Birgit, 2006: *Stadtpolitik in schrumpfenden Städten. Duisburg und Leipzig im Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Gotsbacher, Emo, 2000: Schimpftratsch und fremdenfeindliche Normalität: Identitätspolitik im Schatten der inneren Dynamik von Ausländerdiskursen. In: Berghold, Joe, Menasse, Elisabeth & Ottomeyer, Klaus (Hg.): *Trennlinien: Imaginationen des Fremden und Konstruktion des Eigenen*. Klagenfurt: Drava, 47–76.
- Gotsbacher, Emo, 2007: Diskursanalyse – Untersuchungen zu Machtverhältnissen und ‚unsichtbaren‘ Hierarchien in Wiener Alltagsgesprächen. In: Ahamer, Gerda & Lechleitner, Julia (Hg.): *Um-Feld-Forschung. Erfahrungen, Erlebnisse, Ergebnisse*. Wien: Verlag Österreichische Akademie der Wissenschaften, 297–312.

- Hannemann, Christine, 2005: Klein- und Landstädte. In: Beetz, Stephan, Brauer, Kai & Neu, Claudia (Hg.): *Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland*. Wiesbaden: Springer VS, 105–113.
- Hogestijn, Maarten, van Middlekoop, Daniel & Terlouw, Kees, 2008: The established, the outsiders and scale strategies: studying local power conflicts. In: *The Sociological Review*, 56(1), 144–161.
- Hook, Sandra, 2018: 'Energiewende': Vom internationalen Klimaabkommen bis hin zum deutschen Erneuerbaren-Energien-Gesetz. In: Kühne, Olaf & Weber, Florian, 2018: *Bausteine der Energiewende*. Wiesbaden: Springer VS, 21–55.
- Hunter, Floyd, 1953: *Community Power Structure. A Study of Decision Makers*. Chapel Hill: The University of North Carolina Press.
- Internationales Wirtschaftsforum Regenerative Energien (iWR), 2014: *EEG 2014: 7 wichtige Änderungen für die Windenergie*. <http://www.iwr.de/news.php?id=26682>, Abruf 20.02.2018.
- Janning, Frank, Leifeld, Philip, Malang, Thomas & Schneider, Volker, 2009: Diskursnetzwerkanalyse. Überlegungen zu Theoriebildung und Methodik. In: Schneider, Volker, Janning, Frank, Leifeld, Philip & Malang, Thomas (Hg.): *Politiknetzwerke: Modelle, Anwendungen und Visualisierungen*. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag, 59–92.
- Keller, Rainer, 2001: Wissenssoziologische Diskursanalyse. In: Keller, Rainer, Hirsland, Andreas, Schneider, Werner & Viehöver, Silly (Hg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band I Theorien und Methoden*. Wiesbaden: VS Verlag, 113–143.
- Keller, Rainer, 2011: *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*. 3. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag.
- Kropp, Cordula, 2018: Controversies around energy landscapes in third modernity. In: *Landscape Research* 43, 562–573.
- Landeszentrale für politische Bildung (lpb), 2017: *Kommunalpolitik in Baden-Württemberg*. <http://www.kommunalwahl-bw.de/kommunalpolitik.html>, Abruf 20.02.2018.
- Laumann, Edward O. & Knoke, David, 1987: *The Organizational State: Social Choice in National Policy Domains*. Madison: University of Wisconsin Press.
- Leuschner, Udo, 2015: *Förderung der erneuerbaren Energien*. <http://www.udo-leuschner.de/basiswissen/SB103-06.htm>, Abruf 20.02.2018.
- Mayntz, Renate, 1955: Lokale Parteigruppe in der kleinen Gemeinde. In: *Zeitschrift für Politik* 2, 59–74.
- McAdam, Doug & Schaffer Boudet, Hilary, 2012: *Putting Social Movements in their Place: Explaining Opposition to Energy Projects in the United States, 2000-2005*. Cambridge University Press.
- Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, 2015: *Windenergie in Baden-Württemberg. Ein Überblick zu Planungs- und Genehmigungsverfahren*. https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/2_Presse_und_Service/Publikationen/Energie/Windenergie_in_BW.pdf, Abruf 20.02.2018.
- Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, 2014: *Windatlas Baden-Württemberg*. Stuttgart: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg.
- Pappi, Franz U., 1993: Policy-Netze: Erscheinungsformen moderner Politiksteuerung oder methodischer Ansatz? In: *Politische Vierteljahresschrift*. Sonderheft 24, 84–94.
- Savage, Michael, Bagnall, Gaynor & Longhurt, Brian J., 2005: *Globalization and Belonging*. London: Sage.
- Serdült, Uwe, 2002: Soziale Netzwerkanalyse: Eine Methode zur Untersuchung von Beziehungen zwischen sozialen Akteuren. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31 (2), 127–141.
- Treibel, Annette, 2008: *Die Soziologie von Norbert Elias. Eine Einführung in ihre Geschichte, Systematik und Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Vidich, Arthur J. & Bensman, Joseph, 1958: *Small Town in Mass Society*. Princeton: University Press.
- Witzel, Andreas, 1985: Das problemzentrierte Interview. In: Jüttemann, Gerd (Hg.): *Qualitative Forschung in der Psychologie: Grundfragen, Verfahrensweisen, Anwendungsfelder*. Weinheim: Beltz, 227–255.
- Zicht, Wilko, 2016: *Kommunalwahlrecht in Baden-Württemberg*. <http://www.wahlrecht.de/kommunal/baden-wuerttemberg.htm>, Abruf 20.02.2018.

Weitere Publikationen

Stuttgarter Beiträge zur Organisations- und Innovationssoziologie

Kropp, Cordula, 2018: *Sustainable Innovations. Theories, Conflicts and Strategies*. SOI Discussion Paper 2018-02.

Dolata, Ulrich, 2018: *Technological Innovations and the Transformation of Economic Sectors*. SOI Discussion Paper 2018-01.

Neukirch, Mario, 2017: *Die Dynamik des Konflikts um den Stromtrassenbau. Stabilität, Wandel oder Stagnation?* SOI Discussion Paper 2017-04.

Schrabe, Jan-Felix, 2017: *Open Source Projects as Incubators of Innovation*. SOI Discussion Paper 2017-03.

Dolata, Ulrich, 2017: *Social Movements and the Internet. The Sociotechnical Constitution of Collective Action*. SOI Discussion Paper 2017-02.

Dolata, Ulrich, 2017: *Apple, Amazon, Google, Facebook, Microsoft. Market Concentration – Competition – Innovation Strategies*. SOI Discussion Paper 2017-01.

Kungl, Gregor / Geels, Frank W., 2016: *The Destabilisation of the German Electricity Industry (1998-2015)*. SOI Discussion Paper 2016-02.

Schrabe, Jan-Felix, 2016: *Social Media, Mass Media and the Public Sphere. Differentiation, Complementarity and Co-existence*. SOI Discussion Paper 2016-01.

Schrabe, Jan-Felix, 2015: *Open Source Software-projekte zwischen Passion und Kalkül*. SOI Discussion Paper 2015-02.

Radig, Ann-Kathrin, 2015: *Der Wandel des deutschen Videoverleihmarktes durch Digitalisierung und Internet*. SOI Discussion Paper 2015-01.

Dolata, Ulrich, 2014: *Märkte und Macht der Internetkonzerne. Konzentration – Konkurrenz – Innovationsstrategien*. SOI Discussion Paper 2014-04.

Kungl, Gregor, 2014: *The Incumbent German Power Companies in a Changing Environment*. SOI Discussion Paper 2014-03.

Dolata, Ulrich / Schrabe, Jan-Felix, 2014: *Masses, Crowds, Communities, Movements. Collective Formations in the Digital Age*. SOI Discussion Paper 2014-02.

Neukirch, Mario, 2014: *Konflikte um den Ausbau der Stromnetze*. SOI Discussion Paper 2014-01.

Dolata, Ulrich / Schrabe, Jan-Felix, 2013: *Zwischen Individuum und Organisation. Neue kollektive Akteure und Handlungskonstellationen im Internet*. SOI Discussion Paper 2013-02.

Kosche, Robert, 2013: *Kollektive Identitäten in Industrial Cultural Districts*. SOI Discussion Paper 2013-01.

Fuchs, Gerhard / Hinderer, Nele / Kungl, Gregor / Neukirch, Mario, 2012: *Adaptive Capacities, Path Creation and Variants of Sectoral Change*. SOI Discussion Paper 2012-02.

Fuchs, Gerhard / Wassermann, Sandra, 2012: *Organising a Market. Photovoltaics in Germany*. SOI Discussion Paper 2012-01.

Werle, Raymund, 2011: *Institutional Analysis of Technical Innovation. A Review*. SOI Discussion Paper 2011-04.

Dolata, Ulrich, 2011: *Radical Change as Gradual Transformation. Characteristics and Variants of Socio-technical Transitions*. SOI Discussion Paper 2011-03.

Dolata, Ulrich, 2011: *The Music Industry and the Internet*. SOI Discussion Paper 2011-02.

Schrabe, Jan-Felix, 2011: *Der Wandel des Buchhandels durch Digitalisierung und Internet*. SOI Discussion Paper 2011-01.

Bücher

Dolata, Ulrich, 2013: *The Transformative Capacity of New Technologies. A Theory of Sociotechnical Change*. London: Routledge.

Dolata, Ulrich, 2011: *Wandel durch Technik. Eine Theorie soziotechnischer Transformation*. Frankfurt / New York: Campus.

Dolata, Ulrich / Schrabe, Jan-Felix, 2018: *Collectivity and Power on the Internet. A Sociological Perspective*. Cham: Springer.

Dolata, Ulrich / Schrabe, Jan-Felix, 2018: *Kollektivität und Macht im Internet. Soziale Bewegungen – Open Source Communities – Internetkonzerne*. Wiesbaden: Springer VS.

Dolata, Ulrich / Schrabe, Jan-Felix (Hg.), 2013: *Internet, Mobile Devices und die Transformation der Medien. Radikaler Wandel als schrittweise Rekonfiguration*. Berlin: Edition Sigma.

- Fuchs, Gerhard (Hg.), 2017: *Lokale Impulse für Energieinnovationen*. Heidelberg: Springer.
- Fuchs, Gerhard / Shapira, Philip (Eds.), 2014: *Rethinking Regional Innovation. Path Dependency or Regional Breakthrough?* Springer: Shanghai (chinese edition).
- Schrabe, Jan-Felix, 2016: *Open-Source-Projekte als Utopie, Methode und Innovationsstrategie*. Glückstadt: Hülsbusch.
- Schrabe, Jan-Felix, 2015: *Kommunikation und Partizipation im Social Web. Eine Übersicht*. Studienbrief der FernUniversität in Hagen.
- Schrabe, Jan-Felix, 2012: *Wiederkehrende Erwartungen. Prognosen, Visionen und Mythen um neue Medien seit 1970*. Boizenburg: VWH.
- Schrabe, Jan-Felix, 2011: *Gutenberg-Galaxis Reloaded? Der Wandel des Buchhandels durch Internet und Digitalisierung*. Boizenburg: VWH.
- Schrabe, Jan-Felix, 2010: *Neue Demokratie im Netz?* Bielefeld: Transcript.
- Aktuelle Beiträge in Zeitschriften und Sammelbänden
- Dolata, Ulrich, 2017: Technisch erweiterte Sozialität. Soziale Bewegungen und das Internet. In: *Zeitschrift für Soziologie* 46(4), 266–282.
- Dolata, Ulrich, 2016: Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft. In: Simon, Dagmar et al. (Hg.): *Handbuch Wissenschaftspolitik*. Heidelberg: Springer, 609–626.
- Dolata, Ulrich, 2016: Apple, Amazon, Google, Facebook. Konzentration, Konkurrenz und Macht im Internet. In: *Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 108, 55–68.
- Dolata, Ulrich, 2016: Internetökonomie und Internetkonzerne. Märkte – Expansion – Macht. In: Schröder, Lothar / Urban, Hans-Jürgen (Hg.): *Gute Arbeit. Digitale Arbeitswelt. Ausgabe 2016*. Frankfurt (Main): Bund, 148–155.
- Dolata, Ulrich, 2015: Volatile Monopole. Konzentration, Konkurrenz und Innovationsstrategien der Internetkonzerne. In: *Berliner Journal für Soziologie* 24(4), 505–529.
- Dolata, Ulrich / Schrabe, Jan-Felix, 2016: Masses, Crowds, Communities, Movements: Collective Action in the Internet Age. In: *Social Movement Studies* 18(1), 1–18.
- Fettke, Ulrike 2017: Governance und Innovativität von Wärmeliefer-Contracting. In: Fuchs, Gerhard (Hg.): *Lokale Impulse für Energieinnovationen*. Heidelberg: Springer, 85–99.
- Fuchs, Gerhard / Fettke, Ulrike, 2017: Incumbent-Challenger-Interaktionen und die Veränderungen im Markt für Stromerzeugung in Deutschland. In: Giacovelli, Sebastian (Hg.): *Die Energiewende aus wirtschaftssoziologischer Sicht*. Wiesbaden: Springer VS, 15–43.
- Fuchs, Gerhard / Hinderer, Nele, 2016: One or many Transitions: Local Electricity Experiments in Germany. In: *Innovation: European Journal of Social Science Research* 29(3), 320–336.
- Geels, Frank W. / Kungl, Gregor, 2018: Sequence and alignment of external pressures in industry destabilisation: Understanding the downfall of incumbent utilities in the German energy transition. In: *Environmental Innovation and Societal Transitions* 26, 78–100.
- Geels, Frank W. / Kern, Florian / Fuchs, Gerhard / Hinderer, Nele / Kungl, Gregor / Mylan, Josephine / Neukirch, Mario / Wassermann, Sandra, 2016: The Enactment of Socio-technical Transition Pathways. In: *Research Policy* 45(4), 896–913.
- Neukirch, Mario, 2016: Protests against German electricity grid extension as a new social movement? A journey into the areas of conflict. In: *Energy, Sustainability and Society* 6:4.
- Schrabe, Jan-Felix / Kappler, Karolin / Ulbricht, Lena / Weyer, Johannes, 2018: Societal Implications of Big Data. In: *KI – Künstliche Intelligenz* 32(1), 55–60.
- Schrabe, Jan-Felix / Mölders, Marc, 2017: Neue Irritationspotentiale in der ,digitalen Gesellschaft. Synchronisation zwischen Medien, Politik und Recht. In: *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 37(2), 239–265.
- Schrabe, Jan-Felix, 2017: Open-source projects as incubators of innovation. In: *Convergence*. DOI: 10.1177/1354856517735795.
- Schrabe, Jan-Felix, 2017: Der Akteur: Konstruktion und Dekonstruktion einer Beobachtungskategorie. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 42(4), 387–405.
- Schrabe, Jan-Felix, 2017: Reciprocal Irritations: Social Media, Mass Media and the Public Sphere. In: Paul, Regine et al. (Hg.): *Society, Regulation and Governance*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing, 138–149.
- Schrabe, Jan-Felix / Dickel, Sascha, 2017: The Logic of Digital Utopianism. In: *Nano Ethics* 11(1), 47–58.